

INTERNE WEISUNGEN

gemäss Artikel 31 SPV der

LIECHTENSTEIN LIFE ASSURANCE AG

zur Umsetzung des Sorgfaltspflichtgesetzes

Version	11.
Erstellungsdatum	06.07.2023
Verfasser	Florian Wolf
Genehmigt	GL, 10.07.2023
Gültig ab	10.07.2023
GRC-Kontrollnummern	K0017, K0019, K0020, K0094, K0102, K0104, K0111, K0112, K0128, K0252, K0254, K0255, K0286, K0291, K0321, K0342, K0371, K0400, K0414
GRC-Prozesskette	Clients Acquisition, Application Review, Claim Management, Services
Ersetzt	Version 10. vom 16.05.2022
Nächste Prüfung	Jährlich sowie bei Anfall

Inhalt

GEGENSTAND UND INHALT DER INTERNEN WEISUNGEN	2
1) GELTUNGSBEREICH DES SPG UND BEGRIFFSDEFINITIONEN.....	3
2) UNTERNEHMENSINTERNE FUNKTIONEN LLA IM HINBLICK AUF DIE SORGFALTPFLICHT UND IHRE AUFGABEN (ART. 31 ABS. 2 BST. A SPV).....	3
3) INHALT, FÜHRUNG UND AUFBEWAHRUNG DER SORGFALTPFLICHTAKTEN (ART. 31 ABS. 2 BST. B SPV).....	8
4) ALLGEMEINE RICHTLINIEN ZUR AUFNAHME VON GESCHÄFTSBEZIEHUNGEN (SICHERSTELLUNG DER FESTSTELLUNG UND ÜBERPRÜFUNG DER IDENTITÄT DER VERTRAGSPARTNER UND DER WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTEN PERSONEN)	9
5) SICHERSTELLUNG DER RISIKOADÄQUATEN ÜBERWACHUNG DER GESCHÄFTSBEZIEHUNG.....	12
6) AKTUALISIERUNG DES GESCHÄFTSPROFILS (ART. 31 ABS. 2 BST. C SPV)	13
7) EINFACHE UND BESONDERE ABKLÄRUNGEN (ART. 9 SPG), BENACHRICHTIGUNG DES SORGFALTPFLICHTBEAUFTRAGTEN UND VORGEHEN BEI MITTEILUNGEN AN DIE STABSSTELLE FIU (ART. 17 ABS. 1 SPG) 14	14
8) ANZUWENDENDE KRITERIEN ZUR ERMITTLUNG VON ERHÖHTEN RISIKEN NACH ART. 11 ABS. 1 SPG	16
9) ZUSÄTZLICHE MASSNAHMEN NACH ART. 11 ABS. 4, 4A SPG ZUR ERFASSUNG, BEGRENZUNG UND ÜBERWACHUNG DER ERHÖHTEN RISIKEN.....	17
10) FÄLLE, IN DENEN DER SORGFALTPFLICHTBEAUFTRAGTE BEIGEZOGEN UND DIE GESCHÄFTSLEITUNG INFORMIERT WERDEN MÜSSEN SOWIE DIE WAHRNEHMUNG UND AUSGESTALTUNG DER KONTROLL- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN DES UNTERSUCHUNGSBEAUFTRAGTEN (ART. 31 ABS. 2 BST. G, GBIS I.V.M ART. 35 SPV) 18	18
11) GRUNDZÜGE DER AUSBILDUNG DER BESCHÄFTIGTEN, DIE EINE SORGFALTPFLICHTRELEVANTE TÄTIGKEIT AUSÜBEN	18
12) ANGEMESSENE PRÜFMASSNAHMEN, DIE BEI DER EINSTELLUNG NEUER MITARBEITER ANZUWENDEN SIND, UM HOHE STANDARDS IN BEZUG AUF DEREN ZUVERLÄSSIGKEIT UND INTEGRITÄT ZU GEWÄHRLEISTEN	19
13) GESCHÄFTSPOLITIK HINSICHTLICH POLITISCH EXPONIERTER PERSONEN (PEPS) SOWIE DAS RISIKO-MANAGEMENT-SYSTEM, ANHAND DESSEN BESTIMMT WERDEN KANN, OB EINE POLITISCH EXPONIERTE PERSON IN EINE GESCHÄFTSBEZIEHUNG INVOLVIERT IST	19
14) HANDHABUNG DES AIA- UND FATCA-GESETZES	19
15) ZEITPUNKT ERLASS DER INTERNEN WEISUNGEN UND ÄNDERUNGEN	19

Gegenstand und Inhalt der Internen Weisungen

Die vorliegenden Internen Weisungen konkretisieren im Sinne von Art. 31 Sorgfaltspflichtverordnung die Anforderungen des Gesetzes vom 11. Dezember 2008 über berufliche Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei, organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung (Sorgfaltspflichtgesetz, im folgenden „SPG“) und der dazugehörigen Verordnung vom 17. Februar 2009 (Sorgfaltspflichtverordnung, im folgenden „SPV“) und regeln, wie die Verpflichtungen aus dem SPG und der SPV konkret erfüllt werden müssen. Sie gilt für alle Mitarbeiter, Kooperationspartner und Outsourcing-Dienstleister der Liechtenstein Life Assurance AG (nachfolgend LLA genannt), welche für die LLA eine sorgfaltspflichtrelevante Tätigkeit ausüben.

Die Internen Weisungen enthalten gemäss Art. 21 Abs. 1 SPG i.V.m Art. 31 Abs. 2 SPV Regelungen zu folgenden Punkten:

- 1) Geltungsbereich des SPG und Begriffsdefinitionen
- 2) Unternehmensinterne Funktionen im Hinblick auf die Sorgfaltspflicht und ihre Aufgaben (Art. 31 Abs. 2 Bst. a SPV)
- 3) Inhalt, Führung und Aufbewahrung der Sorgfaltspflichtakten (Art. 31 Abs. 2 Bst. b SPV)
- 4) Allgemeine Richtlinien zur Aufnahme von Geschäftsbeziehungen (Sicherstellung der Feststellung und Überprüfung der Identität der Vertragspartner und der wirtschaftlich berechtigten Personen; Art. 31 Abs. 2 Bst. c SPV)
- 5) Sicherstellung der risikoadäquaten Überwachung der Geschäftsbeziehungen (Art. 31 Abs. 2 Bst. c SPV)
- 6) Aktualisierung Geschäftsprofil (Art. 31 Abs. 2 Bst. c SPV)
- 7) Einfache und besondere Abklärungen (Art. 9 Abs. 2 bis 4 SPG), Benachrichtigung des Sorgfaltspflichtbeauftragten und Vorgehen bei Mitteilungen an die Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU) (Art. 17 Abs. 1 SPG) – (Art. 31 Abs. 2 Bst. d SPV)
- 8) Anzuwendende Kriterien zur Ermittlung von erhöhten Risiken nach Art. 11 Abs. 1 SPG (Art. 31 Abs. 2 Bst. e SPV)
- 9) Zusätzliche Massnahmen nach Art. 11 Abs. 2 SPG zur Erfassung, Begrenzung und Überwachung der erhöhten Risiken (Art. 31 Abs. 2 Bst. f SPV)
- 10) Fälle, in denen der Sorgfaltspflichtbeauftragte beigezogen und die Geschäftsleitung informiert werden müssen sowie die Wahrnehmung und Ausgestaltung der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen des Untersuchungsbeauftragten (Art. 31 Abs. 2 Bst. g, g^{bis} i.V.m Art. 35 SPV)
- 11) Grundzüge der Ausbildung der Beschäftigten, die eine sorgfaltspflichtrelevante Tätigkeit ausüben (Art. 31 Abs. 2 Bst. h SPV)
- 12) Angemessene Prüfmassnahmen, die bei der Einstellung neuer Mitarbeiter anzuwenden sind, um hohe Standards in Bezug auf deren Zuverlässigkeit und Integrität zu gewährleisten (Art. 31 Abs. 2 Bst. k SPV)
- 13) Geschäftspolitik hinsichtlich politisch exponierter Personen (PEPs) sowie das Risiko-Management-System, anhand dessen bestimmt werden kann, ob eine politisch exponierte Person in eine Geschäftsbeziehung involviert ist (Art. 31 Abs. 2 Bst. i SPV)

Sowie allgemeine Regelungen zu folgenden Punkten:

- 14) Handhabung des AIA- und FATCA-Gesetzes
- 15) Zeitpunkt Erlass der Internen Weisungen und Änderungen

1) Geltungsbereich des SPG und Begriffsdefinitionen

Die Bestimmungen des SPG gelten für Sorgfaltspflichtige. Als solche gelten u.a.:

- Versicherungsunternehmen mit einer Bewilligung nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VersAG), soweit sie die direkte Lebensversicherung betreiben; (Art. 3 Abs. 1 Bst. d SPG).

Gemäss Art. 2 Abs. 1 SPG gelten im Sinne des Gesetzes u.a. als:

- *Geschäftsbeziehung*: jede geschäftliche, berufliche oder kommerzielle Beziehung, die in Verbindung mit den gewerblichen Tätigkeiten im Kernbereich des Sorgfaltspflichtigen unterhalten wird und bei der bei Zustandekommen des Kontakts davon ausgegangen wird, dass sie von gewisser Dauer sein wird.
- *Wirtschaftlich berechtigte Person*: eine **natürliche** Person, auf deren Veranlassung oder in deren Interesse eine Transaktion oder Tätigkeit ausgeführt oder eine Geschäftsbeziehung letztlich begründet wird. Im Falle von Rechtsträgern ist es auch diejenige natürliche Person, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Rechtsträger letztlich steht. Für eine detaillierte Definition siehe Art. 3 SPV.

Bei Versicherungsverträgen ist unter dem wirtschaftlich Berechtigten die **natürlichen** Personen zu verstehen, die wirtschaftlich die Versicherungsprämien leisten (Art. 3 Abs. 1 Bst. c. SPV).

- *Politisch exponierte Person (PEP)*: diejenigen natürlichen Personen, die wichtige öffentliche Ämter ausüben oder bis vor einem Jahr ausgeübt haben, sowie ihre unmittelbaren Familienmitglieder oder ihnen bekanntermassen nahestehende Personen.

Für eine Auflistung der „wichtigen öffentlichen Funktionen“ und für die Definition der Begriffe „unmittelbare Familienmitglieder“ und „bekanntermassen nahestehende Personen“ siehe Anhang 1 sowie Art. 2 SPV.

- *Drittstaat*: ein Staat, der nicht Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ist.

2) Unternehmensinterne Funktionen LLA im Hinblick auf die Sorgfaltspflicht und ihre Aufgaben (Art. 31 Abs. 2 Bst. a SPV)

a) Funktionsbesetzung und Unterstellung:

Hinsichtlich der zuständigen Person(en) und ihrer Stellvertreter in der

- Leitungsebene,
- der Ansprechperson für die FMA,
- der Sorgfaltspflichtbeauftragte und
- der Untersuchungsbeauftragte

siehe Anhang 2.

Mit der Erfüllung der Sorgfaltspflichten im täglichen Geschäftsablauf sind die

- im Underwriting (und der damit verbundenen Risikoprüfung) tätigen Mitarbeiter der LLA,
- die im Client Relations, bzw im Claim and Maturity Management tätigen Mitarbeiter der LLA, sowie
- die Kooperationspartner der LLA
- die Outsourcing-Dienstleister der LLA

betrault. Diese Mitarbeiter und Kooperationspartner wirken im Sinne von Art. 31 Abs. 1 SPV an den Geschäftsbeziehungen der LLA unmittelbar mit. In sorgfaltspflichtrechtlicher Hinsicht unterstehen diese Mitarbeiter sowie die Kooperationspartner ergänzend zu ihrer sonstigen arbeits- bzw. kooperationsvertraglichen Unterstellung je nach im Einzelfall konkreter Ausprägung der Sorgfaltspflichten dem Sorgfaltspflichtbeauftragten. Dies gilt insbesondere mit Bezug auf besondere Abklärungen sowie allfällige Mitteilungen an die Stabsstelle FIU.

Das Verhältnis zwischen der LLA und den Kooperationspartnern stellt als Folge des zwischen der LLA und den Kooperationspartnern jeweils abgeschlossenen Kooperationsvertrages ein Vertretungsverhältnis im Sinne von Art. 14 Abs. 4 SPG dar, bei welchem der Kooperationspartner in sorgfaltspflichtrechtlicher Hinsicht als Teil der LLA anzusehen ist. Eine Subdelegation durch den Delegierten ist ausgeschlossen.

Das Verhältnis zwischen der LLA und dem Outsourcing-Dienstleister stellt als Folge des zwischen der LLA und dem Outsourcingpartner abgeschlossenen Outsourcingvertrages ein Vertretungsverhältnis im Sinne von Art. 14 Abs. 4 SPG i.V.m. Art. 24a SPV dar, bei welchem der Outsourcing-Dienstleister in sorgfaltspflichtrechtlicher Hinsicht als Teil der LLA anzusehen ist. Die dem Outsourcingpartner übertragenen Aufgaben dürfen nicht an einen Dritten übertragen werden.

Die Kooperationspartner sind den vorliegenden internen Weisungen unterstellt. Sie unterstehen zudem in sorgfaltspflichtrechtlicher Hinsicht dem Weisungs- und Kontrollrecht der LLA. Die LLA ist berechtigt, dem Kooperationspartner in sorgfaltspflichtrechtlicher Hinsicht Weisungen zu erteilen und dessen Tätigkeit im Rahmen der Erfüllung der Sorgfaltspflichten durch Kontrollen in den Räumlichkeiten des Kooperationspartners und Einsichtnahme in die sorgfaltspflichtrelevanten Dokumente vor Ort zu überprüfen. Das Weisungsrecht der LLA wird durch die im Underwriting sowie im Client Relations, bzw. Claim and Maturity Management tätigen Mitarbeiter sowie den Sorgfaltspflichtbeauftragten ausgeübt.

Der Kooperationspartner hat die Sorgfaltspflichten, soweit er für deren Erfüllung im Rahmen des Kooperationsvertrages beigezogen wird, durch eigene Beschäftigte vornehmen zu lassen. Ohne besondere schriftliche Ermächtigung ist der Kooperationspartner nicht berechtigt, Sorgfaltspflichten in Sinne von Art. 14 Abs. 1 SPG im Namen der LLA an einen Dritten zu delegieren.

b) Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen der einzelnen Funktionsträger:

Aufgaben von Mitarbeitern und Kooperationspartnern, die eine sorgfaltspflichtrelevante Tätigkeit ausüben:

- **Kooperationspartner:** Für die Erfüllung der Sorgfaltspflichten gemäss Art. 5 Abs. 1 Bst. a bis d SPG (Feststellung, Überprüfung und Dokumentation der Identität des Vertragspartners bzw. des Versicherungsnehmers sowie der wirtschaftlich berechtigten Person, Erstellung des Geschäftsprofil und gegebenenfalls Mitwirkung bei der laufenden Überwachung der Geschäftsbeziehung durch Unterstützung bei einfachen und besonderen Abklärungen) kann die LLA die mit ihr in einem Kooperationsverhältnis stehenden Kooperationspartner beiziehen, welche gemäss Art. 14 Abs. 4 SPG in sorgfaltspflichtrechtlicher Hinsicht als Teil der LLA anzusehen sind. Im Rahmen des Kooperationsvertrages und in den vorliegenden internen Weisungen, welche jeweils zum integrierenden Bestandteil des jeweiligen Kooperationsvertrages erklärt werden, sind die Einzelheiten der vom Kooperationspartner zu erbringenden Leistungen geregelt. Üblicher Weise handelt es sich dabei allein um die Kopie des Ausweisdokumentes, dessen Überprüfung auf Echtheit und des Abgleichs der Identität des Vertragspartners bzw. des Versicherungsnehmers bzw. der wirtschaftlich berechtigten Person mit diesem. Im Übrigen ist auf die Ausführungen zu Ziff. 4 nachstehend zu verweisen.
- **Mitarbeiter des Underwriting der LLA:** Diese prüfen im Zuge der Antragserfassung, ob die Antragsunterlagen den Anforderungen des SPG entsprechen, insbesondere ob die Identität des Vertragspartners einerseits und der wirtschaftlich berechtigten Person im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Bst. c SPV andererseits durch den Kooperationspartner festgestellt, überprüft und hinreichend dokumentiert wurden und das Geschäftsprofil erstellt wurde (**formelle Prüfung**). Alle für die Feststellung und Überprüfung der Identität des Vertragspartners und der wirtschaftlich berechtigten Person erforderlichen Angaben und Dokumente müssen vollständig und in gehöriger Form bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung vorliegen (Art. 18 Abs. 1 SPV). Soweit alle formellen Voraussetzungen erfüllt sind, sind die Mitarbeiter des Underwriting berechtigt, den jeweiligen Antrag aus versicherungstechnischer Sicht zu prüfen.

Entsprechen die Antragsunterlagen nicht den gesetzlichen Regelungen, in den vorliegenden Weisungen sowie dem Kooperationsvertrag näher erläuterten Anforderungen, so retournieren die Mitarbeiter die Antragsunterlagen dem betreffenden Kooperationspartner und/oder fordern diesen auf, Mängel zu bereinigen. In Zweifelsfällen leiten sie die Antragsunterlagen an den Sorgfaltspflichtbeauftragten zur weiteren Prüfung weiter. Dieser entscheidet diesfalls, ob aus formeller Sicht eine Bereinigung durch den Kooperationspartner erforderlich ist.

Erfüllen die Antragsunterlagen die formellen Anforderungen, wird der Antrag einerseits darauf geprüft, ob die Kriterien für verstärkte Sorgfaltspflichten (vgl. Ziff. 8 nachstehend) bzw. für die Vornahme einfacher oder besonderer Abklärungen (vgl. Ziff. 6 nachstehend) erfüllt sind. Hinsichtlich der Einzelheiten dieser **materiellen Prüfung** wird auf die Ausführungen in den Ziff. 6 und 8 verwiesen. Erfüllt ein Antrag bzw. erfüllen die damit unterbreiteten Unterlagen die Kriterien für verstärkte Sorgfaltspflichten, die Vornahme einfacher Abklärungen und/oder die Vornahme besonderer Abklärungen oder ist die Erfüllung dieser Kriterien auch nur zweifelhaft, so legt der betreffende Mitarbeiter den Fall dem Sorgfaltspflichtbeauftragten vor.

Ergibt sich für den Mitarbeiter in Bezug auf ein Antragsdossier aus irgendwelchen Gründen ein Verdacht auf Geldwäscherei, eine Vortat der Geldwäscherei, organisierte Kriminalität oder Terrorismusfinanzierung, so legt der Mitarbeiter den Fall dem Sorgfaltspflichtigen vor, sofern diese nicht unzweifelhaft plausibilisiert bzw. ausgeräumt werden können.

Bei positivem Ergebnis der formellen und materiellen SPG-Prüfung sowie der versicherungstechnischen Antragsprüfung ist der Mitarbeiter berechtigt, die Geschäftsbeziehung aufzunehmen, d.h. die Versicherungspolice auszustellen.

- Mitarbeiter des Client Relations, bzw. Claim and Maturity Management der LLA: Diese prüfen im Sinne der risikoadäquaten Überwachung der Geschäftsbeziehung bei jedem aufgrund der Versicherungsbedingungen oder eines entsprechenden Antrages bzw. Wunsches des Versicherungsnehmers durchzuführenden Geschäftsvorfall, ob die Kriterien für verstärkte Sorgfaltspflichten (vgl. Ziff. 8 nachstehend) oder für die Vornahme einfacher oder besonderer Abklärungen (vgl. Ziff. 6 nachstehend) erfüllt sind. Hinsichtlich der Einzelheiten dieser **materiellen Prüfung** wird auf die Ausführungen in den Ziff. 6 und 8 verwiesen. Erfüllt ein Antrag bzw. die damit unterbreiteten Unterlagen die Kriterien für verstärkte Sorgfaltspflichten, die Vornahme einfacher Abklärungen und/oder die Vornahme besonderer Abklärungen oder ist die Erfüllung dieser Kriterien auch nur zweifelhaft, so legt der betreffende Mitarbeiter den Fall dem Sorgfaltspflichtbeauftragten vor.

Bei einem Rückkauf der Lebensversicherung, einer Ausrichtung einer Erlebensfall- bzw. Todesfall-Leistung sowie bei jeder anderweitigen Ausrichtung des gebildeten Fondsvermögens (bspw. bei einer Rückabwicklung des Vertrages wegen Widerrufs des Vertragsabschlusses oder aus Kulanz) ist die Identität der wirtschaftlich berechtigten Person bzw. die Person, welche die auszurichtende Leistung empfangen soll, in sinngemässer Anwendung der Regelungen unter Ziff. 4 nachstehend erneut festzustellen, zu überprüfen und zu dokumentieren. Hierzu kann der betreffende Kooperationspartner entsprechend den im Kooperationsvertrag geregelten Bestimmungen beigezogen werden.

Bei einem vom Versicherungsnehmer beantragten Wechsel des Versicherungsnehmers eines aufrechten Versicherungsvertrages sind die Identität des Vertragspartners und der wirtschaftlich berechtigten Person in sinngemässer Anwendung der Regelungen unter Ziff. 4 nachstehend erneut festzustellen, zu überprüfen und zu dokumentieren. Hierzu kann der betreffende Kooperationspartner entsprechend den im Kooperationsvertrag geregelten Bestimmungen beigezogen werden.

Eine neuerliche Feststellung, Überprüfung und Dokumentation des Vertragspartners und/oder der wirtschaftlich berechtigten Person – gegebenenfalls unter Beizug des betreffenden Kooperationspartners – hat in sinngemässer Anwendung der Regelungen unter Ziff. 4 nachstehend auch stattzufinden, wenn bei den im Client Relations tätigen oder auch den übrigen Mitarbeitern der LLA im Laufe der Geschäftsbeziehung Zweifel über die Identität des Vertragspartners und/oder der wirtschaftlich berechtigten Person entstehen.

Alle für die Feststellung und Überprüfung der Identität des Vertragspartners und der wirtschaftlich berechtigten Person erforderlichen Angaben und Dokumente müssen vollständig und in gehöriger Form bei Ausführung eines der vorstehend genannten Geschäftsvorfälle vorliegen (Art. 18 Abs. 1 SPV). Sämtliche im Rahmen einer neuerlichen Feststellung, Überprüfung und Dokumentation von Identitäten eingeholten Unterlagen sind wiederum einer formellen Prüfung zu unterziehen.

Ergibt sich für den Mitarbeiter in Bezug auf ein Kundendossier aus irgendwelchen Gründen ein Verdacht auf Geldwäscherei, eine Vortat der Geldwäscherei, organisierte Kriminalität oder Terrorismusfinanzierung, so legt der Mitarbeiter den Fall dem Sorgfaltspflichtigen vor.

Bei positivem Ergebnis der formellen und materiellen SPG-Prüfung aus Anlass jedes neuen Geschäftsvorfalles ist der betreffende Mitarbeiter des Client Relations, bzw. Claim and Maturity Management berechtigt, den Geschäftsvorfall umzusetzen.

Aufgaben des Verantwortlich in der Leitungsebene:

- Ergibt sich aus irgendwelchen Gründen der Verdacht auf Geldwäscherei, eine Vortat der Geldwäscherei, organisierte Kriminalität oder Terrorismusfinanzierung und kann ein solcher aufgrund einfacher oder besonderer Abklärungen nicht gänzlich ausgeräumt werden, so wendet sich der Sorgfaltspflichtbeauftragte umgehend an den Verantwortlichen in der Leitungsebene. Dieser legt mit der Geschäftsleitung das Vorgehen mit Blick auf die der Stabsstelle FIU zu erstattende Mitteilung gemäss Art. 17 SPG fest. Kann eine solche Absprache mit der Geschäftsleitung nicht innert nützlicher Frist erfolgen, so hat der Verantwortliche in der Leitungsebene die Mitteilung gemäss Art. 17 SPG selbst und ohne Verzug im Namen der LLA an die Stabsstelle FIU zu erstatten. Hierbei hat ihn der Sorgfaltspflichtbeauftragte zu unterstützen.

Aufgaben des Sorgfaltspflichtbeauftragten (Art. 34 SPV):

- Der Sorgfaltspflichtbeauftragte ist Ansprechperson für die Kooperationspartner sowie für die Mitarbeiter des Underwriting und Client Relations, bzw. Claim and Maturity Management, soweit dies Belange der Erfüllung der Sorgfaltspflichten betrifft. Er entscheidet, eventuell in Abstimmung mit der Geschäftsleitung, ob Antragsunterlagen, Änderungsunterlagen oder Auszahlungsbegehren den Bestimmungen des SPG entsprechen oder nicht und legt die weitere Vorgehensweise fest. Wird ihm von einem Mitarbeiter ein Dossier vorgelegt, weil die Kriterien für verstärkte Sorgfaltspflichten (vgl. Ziff. 8 nachstehend) oder für die Vornahme einfacher oder besonderer Abklärungen (vgl. Ziff. 6 nachstehend) erfüllt sind oder Zweifel darüber bestehen, entscheidet der Sorgfaltspflichtbeauftragte bei einem Fall verstärkter Sorgfaltspflichten über die Art und den Umfang der intensivierten Überwachung der Geschäftsbeziehung sowie bei einem Abklärungsfall über die Art und den Umfang der einfachen oder besonderen Abklärungen. Je nach Fall führt er die intensivierte Überwachung bzw. die Vornahme der Abklärungen selbst durch oder beauftragt damit einen fachlich geeigneten Mitarbeiter oder eine fachlich geeignete externe Person. Im letzteren Fall hat er die intensivierte Überwachung bzw. die Vornahme der Abklärungen zu kontrollieren. In gleicher Weise ist vorzugehen, wenn dem Sorgfaltspflichtigen ein Dossier vorgelegt wird, weil sich für einen Mitarbeiter in Bezug auf ein Antrags- bzw. Kundendossier aus irgendwelchen Gründen ein Verdacht auf Geldwäscherei, eine Vortat der Geldwäscherei, organisierte Kriminalität oder Terrorismusfinanzierung ergeben hat.
- Des Weiteren unterstützt und berät der Sorgfaltspflichtbeauftragte die Geschäftsleitung bei der Umsetzung der Sorgfaltspflichtbestimmungen und der Ausgestaltung der damit zusammenhängenden internen Organisation, ohne der Geschäftsleitung die Verantwortung dafür abzunehmen.
- Der Sorgfaltspflichtbeauftragte achte darauf, dass die jeweils relevanten ausführenden Personen bei vollzogenen Wechseln von der LLA an die FMA gemeldet werden.
- Der Sorgfaltspflichtbeauftragte erstellt einmal im Kalenderjahr einen Bericht über seine Tätigkeit für die Geschäftsleitung (s. K0291). Neben diesen Tätigkeiten zeichnet sich ein Bericht dadurch aus, dass der Geschäftsleitung auch ein Bild über den aktuellen Stand der Implementierungen, der Ressourcen, der Risikoveränderungen, ein allfälliger Rückstau auszuführender Tätigkeiten, neue Weisungsinhalte und ein Ausblick über die anstehenden Regulierungsänderungen vermittelt wird.
- Der Sorgfaltspflichtbeauftragte hat in Bezug auf die LLA einmal im Kalenderjahr eine unternehmensweite Risikoanalyse hinsichtlich der durch das SPG bekämpften Risiken zu erstellen, der Geschäftsleitung zu übermitteln und die daraus resultierenden Massnahmen bzw. Ergebnisse zu schulen, um sicherzustellen, dass die relevanten Mitarbeiter die unternehmensweite Risikobewertung verstehen und wissen, wie sie sich auf ihre tägliche Arbeit auswirkt. Als Hilfsmittel für die vorstehend genannte unternehmensweite Risikoanalyse sind die Punkte 2.3 bzw. 6.1 bis 6.3 der FMA-Richtlinie 2013/1 zum risikobasierten Ansatz im Sinne des

- Sorgfaltspflichtrechts zu beachten und hinsichtlich der Risikoanalyse das darin erwähnte Tool zur individuellen Risikobewertung (CRA) zu verwenden (s. K0371). Dem Sorgfaltspflichtbeauftragten obliegen weiter auch etwaige damit verbundene Meldungen an die FMA (s. K0255).
- Zudem verfasst der Sorgfaltspflichtbeauftragte die internen Weisungen zur Sorgfaltspflicht und überprüft dieselben periodisch auf allfälligen Überarbeitungsbedarf.
 - Schliesslich plant und überwacht der Sorgfaltspflichtbeauftragte die interne Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten, die eine sorgfaltspflichtrelevante Tätigkeit ausüben. (s. K0017, K0321 und K0038).

Aufgaben des Untersuchungsbeauftragten (Art. 35 SPV):

Der Untersuchungsbeauftragte sorgt für die Einhaltung des SPG, der SPV sowie der vorliegenden internen Weisungen SPV. Zu diesem Zweck führt er mindestens einmal pro Jahr eine interne Kontrolle (s. K0291) durch und prüft dabei insbesondere

- a) die ordnungsgemässe Erstellung und Aufbewahrung der erforderlichen Sorgfaltspflichtunterlagen.
- b) ob diese Unterlagen darauf schliessen lassen, dass die Sorgfaltspflichten wahrgenommen wurden;
- c) ob eine allfällige Mitteilungs- und Meldepflicht ordnungsgemäss wahrgenommen wurde;
- d) ob allfälligen Begehren von zuständigen inländischen Behörden in Bezug auf Vertragspartner, wirtschaftlich berechtigten Personen und Bevollmächtigten vollständig in angemessener Frist nachgekommen werden kann;
- e) ob die interne Organisation nach Art. 21 Abs. 1 und 2 SPG den Umständen und den individuellen Risiken entsprechend eingerichtet wurde und ob etwaige Ressourcenprobleme vorliegen;
- f) ob bei der Einstellung neuer Beschäftigter angemessene Prüfungsmassnahmen angewendet werden (Art. 31 Abs. 2 Bst. k SPV);
- g) ob die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten, die eine sorgfaltspflichtrelevante Tätigkeit ausüben, ordnungsgemäss wahrgenommen wurde;
- h) ob die Aktivitäten und Prozesse der LLA zur Einhaltung von Finanzsanktionen angemessen und wirksam sind.

Um die oben genannte Kontrolle durchführen zu können, wird ein Report aus der unternehmensinternen Database erstellt, welcher sämtliche im Prüfungszeitraum abgeschlossenen Versicherungsverträge sowie sämtliche im Prüfungszeitraum umgesetzten Geschäftsvorfälle umfasst. Die vorstehend genannte Liste bildet die Grundlage für die Prüfung des Untersuchungsbeauftragten. Es werden aus dieser Liste stichprobenartig insgesamt mindestens 50 Verträge aus dem Bestand der LLA (davon 25 Neuabschlüsse und Teil- bzw. Rückkäufe des jeweils vorangegangenen Jahres) entnommen. Hierbei müssen jeweils mindestens 5 Verträge jeder Risikokategorie (AA, A, B, C) entsprechen.

Die risikobasierte Prüfung der Verträge bezieht sich auf die Einhaltung des SPG, der SPV, des FATCA-Gesetzes und des AIA-Gesetzes sowie der internen Regelungen, die sich die LLA diesbezüglich selbst gegeben hat. Bei der Prüfung wird insbesondere Folgendes untersucht:

- Ordnungsgemässe Feststellung und Überprüfung der Vertragspartner, der für sie handelnden Person und der wirtschaftlich berechtigten Personen,
- Ordnungsgemässe Bestätigung der Kopien der beweiskräftigen Dokumente,
- Ordnungsgemässe Dokumentation der relevanten Vorgänge,
- Einhaltung der selbstaufgelegten Entscheidungswege,
- Aufnahme, Änderung und Plausibilität des Geschäftsprofils,
- Einhaltung Regelungen zu den einfach und verstärkten Sorgfaltspflichten,
- Einhaltung Regelungen zur Risikoklassifizierung, zu Schwellenwerten und Risikoländern gemäss Art. 23a SPV i.V.m Art. 2 Abs. 1 Bst. u SPG und der Delegierten Verordnung (EU) 2016/167587.

- Angabe des US-Bezugs nebst etwaiger weitergehender Formulare,
- Angabe des Steuerdomizils nebst etwaiger weitergehender Formulare.

Zu jedem der 50 kontrollierten Verträge wird hinsichtlich der vorstehend genannten Buchstaben Art. 35 Bst. e) bis g) SPV auch kontrolliert,

- ob die im Vertrag hinterlegte Risikokategorie mit den Anforderungen gemäss der internen Weisungen nach Art. 31 SPV übereinstimmt und
- ob etwaige Finanzsanktionen bestanden oder nicht bestanden und
- ob für den an der Policing und oder (Teil-)Kündigung des Vertrages beteiligten Mitarbeiter ein Weiterbildungsnachweis vorliegt, ob bei seiner Einstellung die Kriterien der internen Leitlinie für die Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit (Fit & Proper) eingehalten und die damit einhergehende Kontrolle K0139 durchgeführt wurde.

Im Anschluss an die oben genannte Kontrolle verfasst der Untersuchungsbeauftragte über das Ergebnis der Untersuchung einen Bericht, welchen er der Geschäftsleitung und dem Sorgfaltspflichtbeauftragten übermittelt. Der Bericht des Untersuchungsbeauftragten muss eine unabhängige Sicht auf den Stand der Anwendung und Wahrnehmung sämtlicher Sorgfaltspflichten und der Pflichten nach dem Gesetz vom 10. Dezember 2008 über die Durchsetzung internationaler Sanktionen (ISG) beinhalten, wobei der Bericht neben Informationen zur Einhaltung der Meldepflichten, zu allfälligen Ressourcenproblemen, und der Kontrolle über die 2nd line of defence insbesondere eine Aussage über die Wirksamkeit des Systems zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu enthalten hat. Die Prüfung und Aussage der Wirksamkeit des Systems ist dabei uneingeschränkt auf sämtliche sorgfaltspflichtrechtliche Verpflichtungen auszudehnen.

Aufgaben der Ansprechperson:

Die Ansprechperson stellt den Kontakt zwischen der LLA und der FMA sicher. Die Einsetzung oder der Wechsel der Ansprechperson ist der FMA umgehend mitzuteilen.

3) Inhalt, Führung und Aufbewahrung der Sorgfaltspflichtakten (Art. 31 Abs. 2 Bst. b SPV)

Die LLA muss die Einhaltung der Sorgfaltspflichten (Art. 5 bis 16 SPG) und der Mitteilungspflicht (Art. 17 SPG) nach Massgabe des SPG dokumentieren. Zu diesem Zweck muss die LLA Sorgfaltspflichtakten führen und diese aufbewahren. Die Sorgfaltspflichtakten enthalten insbesondere die zur Einhaltung der Bestimmungen des SPG und der SPV erstellten und beigezogenen Unterlagen und Belege. Diese beinhalten bei der LLA:

- Dokumente und Unterlagen, die der Feststellung und Überprüfung der Identität des Vertragspartners, gegebenenfalls der für diesen auftretenden Person (Art. 6 Abs. 3 SPG) und der wirtschaftlich berechtigten Person gedient haben und diese Identität dokumentieren. Diese liegen den Antragsunterlagen bei und bilden zudem Teil des Antragsformulars.
- Geschäftsprofil (Art. 8 SPG) mit folgenden Angaben:
 - Versicherungsnehmer und wirtschaftlich berechtigte Person (diejenigen natürlichen Personen, die wirtschaftlich die Versicherungsprämien leisten)
 - Bevollmächtigte und Organe, die gegenüber der LLA handeln
 - Wirtschaftlicher Hintergrund des Gesamtvermögens des Prämienzahlers und Herkunft der eingebrachten Vermögenswerte (z.B. Erwerb, Erbschaft, usw.)
 - Beruf und Geschäftstätigkeit des Prämienzahlers
 - Verwendungszweck der Vermögenswerte

Diese Angaben werden direkt im betreffenden Teil des Antragsformulars festgehalten. Da sie sich im Laufe der Vertragsdauer ändern können, muss auch das Geschäftsprofil laufend überwacht und gegebenenfalls aktualisiert und auf Plausibilität geprüft werden.

- Dokumentation der einfachen und besonderen Abklärungen sowie der Massnahmen bei Verdachtsmomenten (Art. 9 SPG).
- Unterlagen, aus welchen sich Transaktionen und gegebenenfalls Vermögensstand ergeben.
- Allfällige Mitteilungen an die Stabsstelle FIU gem. Art. 17 Abs. 1 SPG.

Bei den ersten drei genannten Dokumenten und Unterlagen handelt es sich um sog. kundenbezogene, bei übrigen um sog. transaktionsbezogene Unterlagen und Belege.

Die Sorgfaltspflichtakten werden in elektronischer Form (gescannt) für mindestens zehn Jahre ab Beendigung der Geschäftsbeziehung oder nach Abwicklung der Transaktion bzw. ab ihrer Erstellung aufbewahrt und sind jederzeit verfügbar (Art. 20 Abs. 1 SPG). Der Sorgfaltspflichtbeauftragte hat jederzeit Zugang zu den Sorgfaltspflichtakten (Art. 28 Abs. 6 SPV).

4) Allgemeine Richtlinien zur Aufnahme von Geschäftsbeziehungen (Sicherstellung der Feststellung und Überprüfung der Identität der Vertragspartner und der wirtschaftlich berechtigten Personen)

Zur Aufnahme von Geschäftsbeziehungen im Sinne des Sorgfaltspflichtgesetzes sind nur die von der Geschäftsleitung autorisierten, im Underwriting tätigen Mitarbeiter ermächtigt.

a) Sorgfaltspflichten bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung im Einzelnen:

Vorbemerkung: Alle für die Feststellung und Überprüfung der Identität des Vertragspartners und der wirtschaftlich berechtigten Person erforderlichen Angaben und Dokumente müssen vollständig und in gehöriger Form bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung oder Abwicklung einer gelegentlichen Transaktion vorliegen (Art. 18 Abs. 1 SPV).

Feststellung und Überprüfung der Identität des **Versicherungsnehmers** bzw. die Identität der für sie handelnden Person und Überprüfung deren Vollmacht bei direktem Kontakt zwischen Kunden einerseits und Kooperationspartner oder LLA andererseits (Art. 6 SPG)

Natürliche Personen: Die Person, welche die Identifizierung durchführt, nimmt Einsicht in ein beweiskräftiges Dokument (Original oder echtheitsbestätigte Kopie im Sinne von Art. 9 SPV), erhebt folgende Daten und dokumentiert diese im betreffenden Teil des Antragsformulars:

- Name, Vorname, Geburtsdatum, Wohnsitzadresse, Wohnsitzstaat und Staatsangehörigkeit.

Als beweiskräftiges Dokument gilt bei natürlichen Personen ein gültiger amtlicher Ausweis mit Fotografie (Pass und Identitätskarte) oder der Führerausweis. Ein Ausweis ist gültig, wenn er zum Zeitpunkt der Überprüfung zur Einreise in das Fürstentum Liechtenstein berechtigt. Eine Kopie des Ausweises ist mit dem darauf angebrachten und mit Datum versehenen **Originalvermerk** der identifizierenden Person, dass die Kopie dem Original entspricht, den Antragsunterlagen beizulegen. In diesen ist auch die Person, welche die Identifizierung durchgeführt hat, (lesbar) namentlich anzuführen. Diese Person bestätigt mit ihrer Unterschrift auf dem Antragsformular, dass sie den Versicherungsnehmer persönlich kontaktiert hat. Das Antragsformular ist zusammen mit den weiteren Dokumenten, insbesondere der Ausweiskopie, der LLA zu übermitteln.

Jede Person, die angibt, für den Vertragspartner zu handeln, ist wie oben beschrieben zu identifizieren bzw. zu überprüfen. Weiter ist die entsprechende Berechtigung zu kontrollieren. Dies kann beispielsweise durch Einsichtnahme in eine Vollmacht oder einen Handelsregisterauszug erfolgen.

Juristische Personen: Die Person, welche die Identifizierung durchführt, nimmt Einsicht in ein beweiskräftiges Dokument (Original oder echtheitsbestätigte Kopie im Sinne von Art. 9 SPV), erhebt folgende Daten und dokumentiert diese im betreffenden Teil des Antragsformulars: Name oder Firma, Rechtsform, Sitzadresse, Sitzstaat, Gründungsdatum, gegebenenfalls Ort und Datum des Öffentlichkeitsregistereintrags sowie die Namen der für den Rechtsträger im Verhältnis zur LLA formell handelnden Organe oder Trustees.

Als beweiskräftiges Dokument akzeptiert die LLA bei juristischen Personen ein Öffentlichkeits- bzw. Handelsregisterauszug oder – sofern die juristische Person bzw. der Rechtsträger nicht in das Öffentlichkeits- bzw. Handelsregister eingetragen ist – ein gleichwertiges Dokument gemäss Art. 8 Abs.

2 SPV oder eine echtheitsbestätigte Kopie eines solchen Auszuges. Gleichwertige Dokumente im Sinne von Art. 8 Abs. 2 SPV sind insbesondere: eine liechtensteinische Amtsbestätigung, die Statuten,

Gründungsakten oder der Gesellschaftsvertrag, die Bestätigung des gewählten Jahresabschlussprüfers betreffend Name oder Firma, Sitzadresse, Sitzstaat, Gründungsdatum und gegebenenfalls der im Verhältnis zur LLA formell handelnden Organe oder Trustees, eine behördliche Bewilligung zur Ausübung der Tätigkeit oder ein schriftlicher Auszug aus einem vertrauenswürdigen, privat verwalteten Verzeichnis oder einer entsprechenden Datenbank, wobei ein Original oder eine echtheitsbestätigte Kopie davon den Antragsunterlagen beizulegen ist.

Bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung muss der Zweck sowie das Geschäft der juristischen Person verstanden werden.

Feststellung und Überprüfung der Identität der wirtschaftlich berechtigten Person (Art. 7 SPG), der Ausschüttungsempfänger (Art. 7a SPG) und des Begünstigten (Art. 7b SPG)

Die Person, welche die Identifizierung durchführt, hat zur Feststellung und Überprüfung der Identität der wirtschaftlich berechtigten natürlichen Person die folgenden Daten zu erheben und im betreffenden Teil des Antragsformulars zu dokumentieren:

- Name, Vorname, Geburtsdatum, Wohnsitzadresse, Wohnsitzstaat und Staatsangehörigkeit.

Die Person, welche die Identifizierung durchführt, muss sich die Richtigkeit der Angaben durch den Vertragspartner oder eine durch diesen bevollmächtigte Person durch Unterschrift an der entsprechenden Stelle auf dem Antragsformular oder Verwendung einer sicheren elektronischen Signatur nach Art. 2 Abs. 1 Bst. d oder Art. 24 Abs. 3 SigG bestätigen lassen.

Bei Rechtsträger ist das Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern auszufüllen und zwar bei Körperschaften, einschliesslich körperschaftlich strukturierten Anstalten, und Gesellschaften ohne Persönlichkeit (z.B. AG, GmbH) in Form des Formulars C gemäss Anhang 1 SPV oder bei Stiftungen, Treuhänderschaften und stiftungsähnlich strukturierten Anstalten in Form des Formulars T gemäss Anhang 1 SPV.

Im Falle von Rechtsträgern sind risikobasierte und angemessene Massnahmen zur Feststellung der Eigentums- und Kontrollstruktur erforderlich, wodurch die Eigentums- und Kontrollstruktur ersichtlich ist und auch verstanden wird. Bei Aufnahme einer Geschäftsbeziehung mit Rechtsträgern, welche nach Art. 4 des Gesetzes über das Verzeichnis der wirtschaftlich berechtigten Personen von Rechtsträgern (VwbPG) zur Mitteilung der wirtschaftlich berechtigten Personen verpflichtet sind, ist ein entsprechender Auszug aus dem Verzeichnis einzuholen. Für ausländische Rechtsträger ist bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung ein Auszug aus dem jeweiligen nationalen Verzeichnis bzw. Register zur Eintragung der Wirtschaftlich Berechtigten Personen oder ein Äquivalent, aus welchem sich die Informationen ergeben (z.B. HR-Auszug mit Angaben zu Gesellschaftern, beglaubigte Gesellschafterliste, CrefoScore, etc.), einzuholen.

Bei Rechtsträgern, für die es keine bestimmte wirtschaftlich berechtigte Person gibt, soll sich aus diesem ergeben:

- der effektive, nicht der treuhänderische Einbringer;
- falls bestimmbar, die Personen, die dem Vertragspartner oder ihren Organen Instruktionen erteilen können;
- falls bestimmbar, die Personen oder den Personenkreis, die bzw. der als Begünstigte in Frage kommen bzw. kommt; und
- allfällige Kuratoren, Protpektoren und sonstige eingesetzte Personen.

Bei Rechtsträgern, deren Zweck die Wahrung der Interessen seiner Mitglieder in gemeinsamer Selbsthilfe ist, oder der statutarisch und tatsächlich politische, religiöse, wissenschaftliche, künstlerische, wohltätige, unterhaltende oder ähnliche Zwecke verfolgt, findet die vorstehenden Regelungen sinngemäss Anwendung.

Beim Begünstigten im Sinne des Art. 7b SPG oder beim Ausschüttungsempfänger (Art. 7a SPG) muss bei Vertragsabschluss der Name der natürlichen Person oder jener des Rechtsträger festgehalten werden. Bei Personen die nach Merkmalen oder nach Kategorie oder auf andere Weise bestimmt werden, müssen ausreichende Informationen über diesen Begünstigten bzw. Ausschüttungsempfänger vorliegen, um sicherzugehen, dass dieser im Zeitpunkt der Auszahlung identifiziert werden kann. Im Zeitpunkt der Auszahlung ist die Identität des Begünstigten bzw. im Zeitpunkt der Ausschüttung die Identität des Ausschüttungsempfängers nach denselben Grundsätzen wie die wirtschaftlich berechtigte Person (Art. 7 SPG) festzustellen und zu überprüfen.

Dienstleister für Rechtsträger, die Leistungen gemäss Art. 3 Abs. 1 Bst. k Ziff. 2 oder 4 SPG gegenüber einem diskretionär ausgestalteten Rechtsträger erbringen, müssen unmittelbar und unaufgefordert anderen Sorgfaltspflichtigen gemäss Art. 3 Abs. 1 SPG die erhobenen Informationen, unter Verwendung des Formular D gemäss Anhang 2 SPV, übermitteln, sofern der betreffende Rechtsträger zu diesen eine Geschäftsbeziehung unterhält und es um Vermögenswerte geht, die dort gebucht sind. Dabei ist es ausreichend, wenn das vorstehend genannte Formular D dem anderen Sorgfaltspflichtigen übermittelt wird und im eigenen Sorgfaltspflichtakt eine Kopie verbleibt.

Feststellung und Überprüfung der Identität des **Versicherungsnehmers (Art. 6 SPG), **der wirtschaftlich berechtigten Personen** (Art. 7 SPG), **der Ausschüttungsempfänger** (Art. 7a SPG), **des Begünstigten** (Art. 7b SPG) bzw. die Identität der für sie handelnden Person und Überprüfung deren Vollmacht bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung ohne persönlichen Kundenkontakt unter **Anwendung der Video- oder Remote-Identifikation****

Bei Aufnahme einer Geschäftsbeziehung ohne persönlichen Kundenkontakt stellt die LLA unter Hinzuziehung des Outsourcing-Dienstleisters die Identität des Vertragspartners bzw. die Identität der für sie handelnden Person und deren Vollmacht unter Anwendung der Video- oder Remote-Identifikation fest und überprüft diese, indem sie Einsicht in die im Rahmen der Video- und Remote-Identifikation erstellten Videos bzw. Fotos des Identifikationsdokuments und der zu identifizierenden Personen nimmt. Die Sicherungsmassnahmen des Art. 14 SPV i.V.m der FMA-Wegleitung 2019/7 sind dabei einzuhalten.

Erstellung des Geschäftsprofils (Art. 8 SPG)

Diejenige Person, welche die Identifizierung des Versicherungsnehmers sowie der wirtschaftlich berechtigten Person vornimmt, hat zugleich auch das Geschäftsprofil zu erstellen und dazu den entsprechenden Teil des Antragsformulars vom Versicherungsnehmer ausfüllen zu lassen bzw. gemäss den Angaben des Versicherungsnehmers auszufüllen.

Weitere Einzelheiten zur Feststellung, Überprüfung und Dokumentation der Identität des Vertragspartners bzw. Versicherungsnehmers und der wirtschaftlich berechtigten Person sowie zur Erstellung des Geschäftsprofils sind dem Kooperationsvertrag zu entnehmen.

Vereinfachte Sorgfaltspflichten (Art. 10 SPG)

Die LLA wendet soweit einschlägig die vereinfachten Sorgfaltspflichten gemäss Art. 10 SPG an. Die vereinfachten Sorgfaltspflichten finden jedoch keine Anwendung, wenn ein Fall von verstärkten Sorgfaltspflichten vorliegt (Art. 11 SPG).

5) Sicherstellung der risikoadäquaten Überwachung der Geschäftsbeziehung

Die LLA muss eine zeitnahe risikoadäquate Überwachung ihrer Geschäftsbeziehungen, einschliesslich der im Verlauf der Geschäftsbeziehung abgewickelten Transaktionen, durchführen, um sicherzustellen, dass der Verlauf der Geschäftsbeziehung und die Transaktionen mit den Kenntnissen des Sorgfaltspflichtigen über den Kunden und dessen Geschäftsbeziehung und folglich dem Geschäftsprofil (Art. 8 SPG) übereinstimmen. Diese Überwachung erfolgt durch das vorgängige Abgleichen jedes Geschäftsvorfalles, dessen Umsetzung nach Aufnahme der Geschäftsbeziehung aus welchen Gründen auch immer ansteht, mit dem erstellten Geschäftsprofil. Dieser Abgleich erfolgt durch den damit befassten Mitarbeiter des Client Relations entsprechend den Regelungen zu Ziff. 2 vorstehend bzw. bei Fällen verstärkter Sorgfaltspflichten, welche der intensivierten Überwachung unterliegen, durch den Sorgfaltspflichtbeauftragten.

Im Rahmen der Überwachung der Geschäftsbeziehung müssen die im Client Relations tätigen Mitarbeiter Gefahren, die von der Verwendung neuer Technologien ausgehen, eine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die LLA hat die Versicherungsverträge i.V.m Art. 9a SPG des gesamten Bestandes seit 2017 jeweils einer der Risikokategorien AA, A, B oder C zugeordnet. Dabei ist der Kategorie AA das niedrigste und der Kategorie C das höchste Risiko zugrunde gelegt. Die neu hereinkommenden Versicherungsverträge werden gleichfalls immer einer der Risikokategorien zugeordnet. Die Zuordnung zur jeweiligen Risikokategorie ist damit für jeden Versicherungsvertrag der LLA im Verwaltungssystem ersichtlich.

Dabei gehören die Verträge, auf die die vereinfachten Sorgfaltspflichten Anwendung finden, immer zur Risikokategorien AA oder A.

Der Risikokategorie AA können nur Versicherungsverträge zugeordnet werden, welche analog dem -Tool der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein zur Risikobewertung sorgfaltspflichtiger Geschäftsbeziehungen – Versicherungsunternehmen [Url. https://www.fma-li.li/de/regulierung/geldwaschereibekämpfung/nationale-rechtsgrundlagen.html](https://www.fma.li.li/de/regulierung/geldwaschereibekämpfung/nationale-rechtsgrundlagen.html) eine Risikokategorisierung unter 0 Punkten ergeben. Grundsätzlich ist dies bei nachfolgenden Produkten der Fall:

1. Risikolebensversicherungen ohne Rückkaufwert.
2. Fondsgebundene Lebensversicherungen, bei welchen der Arbeitgeber des Versicherungsnehmers oder der versicherten Person die Prämienzahlung vornehmen muss.
3. Fondsgebundene Lebensversicherungen, ausschliesslich auf laufende Prämie, welche nicht Merkmale einer höheren Risikobewertung gemäss der Kategorien A, B und C erfüllen und mindestens vier der nachfolgenden fünf Kriterien erfüllen:
 - a) Prämienbeitragsvolumen unter 500.000,-- CHF bzw. 500.000,-- EUR und keine Rück-/oder Teilrückkäufe in den letzten zwei Jahren. (Rückkäufe im Zuge einer abgetretenen Sicherheitenverwertung sind hiervon ausgenommen)
 - b) Alle wirtschaftlich Berechtigten werden/wurden im Rahmen des AIA/ FATCA gemeldet.
 - c) Versicherungsnehmer/Wirtschaftlich Berechtigter (effektiver Prämienzahler) mit Wohnsitz in EU/EWR-Land oder Schweiz und/oder Auszahlung bei Rückkauf und/oder Teilrückkauf ausschliesslich auf ein Konto lautend auf den Versicherungsnehmer bei der Bank im EWR-/EU Raum oder der Schweiz.
 - d) Lebensversicherung bei ratierlicher Zahlweise.
 - e) Steuerliche Anerkennung des Produktes im Tätigkeitsland.

Bei Versicherungsverträgen der Risikoklasse AA kann bei Anwendung der Vereinfachten Sorgfaltspflichten die Überprüfung der Identität (nicht aber die Identifizierung) des Versicherungsnehmers sowie der wirtschaftlich berechtigten Person durch die LLA selbst sowie die Einforderung einer Ausweiskopie bis zum Leistungsfall zurückgestellt werden.

6) Aktualisierung des Geschäftsprofils (Art. 31 Abs. 2 Bst. c SPV)

Im Rahmen der kontinuierlichen Überwachung des Geschäftsprofils besteht für die LLA eine periodische Aktualisierungspflicht in angemessenem zeitlichen Abstand. Es ist im Zuge der Aktualisierung zu prüfen, ob sämtliche im Rahmen des Geschäftsprofils gemäss Art. 20 SPV zu erhebenden Informationen und Daten noch den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen.

Die LLA hat u. a. auf gesetzlichen Vorgaben beruhend regelmässigen Kontakt zu ihren Versicherungsnehmern. Eine laufende Aktualisierung der wesentlichen Daten erfolgt damit grundsätzlich bereits durch diesen Kundenkontakt und bestehende Standardprozesse. Die kontinuierlichen Aktualisierungspflichten sind damit in der Regel erfüllt, soweit keine besonderen Umstände vorliegen, die einen darüberhinausgehenden Aktualisierungsbedarf im Einzelfall erkennen lassen. Ein Aktualisierungsbedarf besteht beispielsweise dann, wenn die LLA ein versandtes Anschreiben als Postrückläufer zurückerhält oder sehr erhebliche Änderungen am Versicherungsvertrag vorgenommen werden. Im Rahmen des regelmässigen Kontaktes soll darauf hingewirkt werden, dass der Versicherungsnehmer von sich aus Änderungen der LLA übermittelt. Der regelmässige Kontakt zum Versicherungsnehmer beruht u. a. auf folgenden Verpflichtungen:

- jährlicher Steuernachweis;
- jährliche Informationspflichten für zertifizierte Altersvorsorgeverträge;
- jährliche Informationspflichten für Verträge der betrieblichen Altersvorsorge;
- jährliche Fondswertmitteilung;
- Überprüfung auf „schlafende“ Versicherungsverträge;
- anlassbezogene Beratungspflichten z.B. nach dem Versicherungsvertriebsgesetz.

Ergänzend kommen zur Prüfung eines Aktualisierungsbedarfs und ggf. der Ergreifung weiterer Aktualisierungsmaßnahmen folgende Maßnahmen in Betracht:

- Adressprüfung bei Neuanlagen oder Änderungen von Adressen unter Nutzung von Dienstleistern (z.B. Boniversum, CRIF);
- Adressaktualisierung im life.net von Eingemeindungen, Straßen- und Ortsumbenennungen;
- Adressaktualisierungen aufgrund von Umzugsmitteilungen (z. B. seitens der Deutschen oder Schweizer Post);

In Fällen erhöhter (Risikokategorie B) oder hoher Risiken (Risikokategorie C) hat die aktive Überprüfung des Geschäftsprofils mindestens alle ein bis zwei Jahre stattzufinden. Im Fall normaler Risiken (Risikokategorie A) mindestens alle drei bis fünf Jahre. Die Dokumentation, Kontrolle und Überwachung im Sinne von Art. 20 Abs. 3 SPV erfolgt über den im Bestandsverwaltungssystem Lifeware befindlichen risikobasierten Alerter (Risk Category A, Risk Category B, Risk Category C) i.V.m. den damit verbundenen GRC Kontrollen K0286 und K0342. Im Fall geringer Risiken (Risikokategorie AA) hat die Aktualisierung des Profils anlassbezogen zu erfolgen. In der praktischen Umsetzung bedeutet die aktive Prüfpflicht, dass beispielsweise im Rahmen eines Kundengesprächs gezielt Fragen gestellt werden, ob die Angaben im Geschäftsprofil (einschliesslich der wirtschaftlichen Berechtigung) noch den aktuellen Gegebenheiten entsprechen.

Über die zuvor genannten Maßnahmen hinaus haben eine periodische Aktualisierung der Daten über den Vertragspartner mindestens jedoch alle 15 Jahre zu erfolgen. Wird auf Informationen aus einer anderen Geschäftsbeziehung, bei der Dokumente, Daten oder Informationen zum gleichen Kunden zwischenzeitlich neu erhoben wurden, zurückgegriffen, gilt dies als Aktualisierung. Insbesondere sind entsprechende Informationen aus dem Abschluss eines neuen Versicherungsvertrags oder Änderung eines bestehenden Versicherungsvertrages zur Aktualisierung ausreichend. Die jeweilige Frist läuft ab diesem Zeitpunkt erneut.

Die kontinuierliche Überwachung entbindet nicht davon, bei Vorliegen ungewöhnlicher Umstände im Einzelfall anlassbezogene Aktualisierungsmaßnahmen des Geschäftsprofils vorzunehmen.

Dem Sorgfaltspflichtbeauftragten obliegt die hier aufgezeigte Überwachung auf ihre Zweckmässigkeit und Zuverlässigkeit zu überprüfen.

7) Einfache und besondere Abklärungen (Art. 9 SPG), Benachrichtigung des Sorgfalts- pflichtbeauftragten und Vorgehen bei Mitteilungen an die Stabsstelle FIU (Art. 17 Abs. 1 SPG)

Einfache Abklärungen (Art. 9 Abs. 3 SPG) sind durchzuführen, wenn ein entsprechend den Versicherungsbedingungen oder aufgrund eines Antrages oder Wunsches des Versicherungsnehmers vorzunehmender Geschäftsvorfall nicht mit dem Geschäftsprofil übereinstimmt.

Einfache Abklärungen sind insbesondere unter folgenden Umständen vorzunehmen:

- Das wirtschaftliche Umfeld oder die Kenntnisse und Erfahrungen über den Versicherungsnehmer und/oder die wirtschaftlich berechnigte Person lassen sich nicht mit dem Vertrag vereinbaren.
- Der Zweck des Vertragsabschlusses ist nicht erkennbar oder erscheint wirtschaftlich geradezu unsinnig.
- Der Versicherungsnehmer und/oder die wirtschaftlich berechnigte Person und/oder die versicherte Person erteilt eine Vollmacht an eine Person, welche erkennbar nicht in einer genügend engen Beziehung zum Versicherungsnehmer bzw. zur wirtschaftlich berechnigten Person bzw. zur versicherten Person steht.
- Als Begünstigter für die Erlebens- und/oder Todesfall-Leistung wird eine Person eingesetzt, welche erkennbar nicht in einer genügend engen Beziehung zum Versicherungsnehmer oder der wirtschaftlich berechnigten Person oder der versicherten Person steht.
- Es soll eine Person versichert werden, welche erkennbar nicht in einer genügend engen Beziehung zum Versicherungsnehmer oder der wirtschaftlich berechnigten Person steht.
- Die im Antragsformular eingesetzte periodische Prämie für ein Versicherungsjahr übersteigt die Summe von CHF 18'000 bzw. EUR 18'000. Es hat eine einfache Abklärung unter Verwendung des Formulars „Formular finanzielle Risikoprüfung“ zu erfolgen.
- Es wurden innerhalb des Vertrages mehr als drei Teilrückkäufe bzw. Teilauszahlungen innerhalb der vorangegangenen zwei Jahre durchgeführt, sofern nicht Dritte als Gläubiger den Teilrückkauf auslösen. Der Vertrag ist damit der Risikokategorie B zuzuordnen.
- Eine Einzahlung (Prämiendepotzahlung) übersteigt den Betrag von CHF 18'000 bzw. EUR 18'000.
- Eine Auszahlung übersteigt den Betrag von CHF 5'000 bzw. EUR 5'000 derartige Auszahlungen sind erst nach einem Visum des Sorgfaltspflichtbeauftragten freizugeben.
- Die im Antragsformular eingesetzte Einmaleinlage oder das Prämienbeitragsvolumen übersteigt CHF 500'000 oder EUR 500'000. Der Vertrag ist damit der Risikokategorie B zuzuordnen. Es hat eine einfache Abklärung unter Einforderung von Quellennachweisen unter Verwendung des Formulars „Formular finanzielle Risikoprüfung“ zu erfolgen.

Im Zuge der einfachen Abklärungen sind unter anderem (aber nicht ausschliesslich) beim Versicherungsnehmer bzw. gegebenenfalls bei der wirtschaftlich berechnigten Person oder der versicherten Person diejenigen Informationen zu beschaffen, auswerten und dokumentieren, die geeignet sind, den Hintergrund von Sachverhalten oder Transaktionen, welche vom Geschäftsprofil abweichen, nachvollziehbar und verständlich zu. Grundsätzlich kann eine einfache Abklärung direkt durch den Kooperationspartner im Zuge der Erfassung der Sorgfaltspflichtdaten erfolgen. Ansonsten kann sie durch die internen Mitarbeiter des Underwriting oder des Client Relations der LLA angeregt bzw. von diesem dem Kooperationspartner im Rahmen des Weisungsrechtes aufgetragen werden. Das Ergebnis der einfachen Abklärungen wird schriftlich dokumentiert und den Antragsunterlagen beigelegt.

Im Übrigen wird bezüglich des Vorgehens und der Zuständigkeiten bzw. Kompetenzen auf die Regelungen zu Ziff. 2 vorstehend verwiesen.

Besondere Abklärungen (Art. 9 Abs. 4 SPG) sind durchzuführen, wenn Verdachtsmomente auftauchen, dass Vermögenswerte im Zusammenhang mit Geldwäscherei, Vortaten zur Geldwäscherei, organisierter Kriminalität oder Terrorismusfinanzierung stehen. Im Rahmen von besonderen Abklärungen sind diejenigen Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu dokumentieren, die geeignet sind, allfällige Verdachtsmomente nach Art. 17 Abs. 1 SPG auszuräumen oder zu erhärten.

Besondere Abklärungen sind insbesondere unter folgenden Umständen vorzunehmen:

- Im Zuge der einfachen Abklärungen zum wirtschaftlichen Hintergrundes stellt sich heraus, dass mit der Vertragsbeziehung ein krimineller Zweck erreicht werden soll.
- Der Versicherungsnehmer und/oder die wirtschaftlich berechtigte Person und/oder die versicherte Person machen falsche Angaben auf dem Antragsformular.
- Der Versicherungsnehmer und/oder die wirtschaftlich berechtigte Person und/oder die versicherte Person verweigert oder behindert Auskünfte oder die Herausgabe von

Unterlagen, welche im Rahmen der Erfüllung der Sorgfaltspflichten oder eventueller Abklärungen erforderlich sind.

- Prämienüberweisungen erfolgen aus einem Land, das von der FATF als nicht-kooperativ eingestuft wird (www.fatf-gafi.org).
- Prämienüberweisungen erfolgen von einer juristischen Person oder einem anderen Rechtsträger mit Sitz in einem Land, das von der FATF als nicht-kooperativ eingestuft wird (www.fatf-gafi.org), selbst wenn die Prämienüberweisungen von einer Bank erfolgen, welche sich nicht in einem solchen Land befindet.
- Rücktritt vom Vertrag unmittelbar nach Antragsabschluss mit Rückerstattung der eingebrachten Vermögenswerte, sofern diese den Betrag von CHF 250'000 bzw. EUR 250'000 überschreiten und dafür kein nachvollziehbarer Grund ersichtlich ist.
- Die angegebene wirtschaftlich berechtigte Person steht erkennbar nicht in einer genügend engen Beziehung zum Versicherungsnehmer oder der zu versichernden Person.
- Die Höhe der Versicherungsprämien (laufende Prämien oder Einmaleinlage) stehen offensichtlich in keinem Verhältnis zu den finanziellen Verhältnissen des Versicherungsnehmers und der wirtschaftlich berechtigten Person, wie sie sich aus den mit dem Antragsformular eingereichten Unterlagen darstellen.
- Die Höhe der Einzahlung (Prämiendepotzahlung) steht offensichtlich in keinem Verhältnis zu den finanziellen Verhältnissen des Versicherungsnehmers und der wirtschaftlich berechtigten Person, wie sie sich aus den mit dem Antragsformular eingereichten Unterlagen und dem Geschäftsprofil darstellen.
- Es ist aus leicht zugänglichen Quellen bekannt geworden, dass ein Versicherungsnehmer, eine wirtschaftlich berechtigte Person eine versicherte Person oder ein eingesetzter Begünstigter wegen Geldwäscherei, einer Vortat zur Geldwäscherei, organisierter Kriminalität oder Terrorismusfinanzierung verurteilt worden ist oder gegen eine solche Person ein strafprozessuales Ermittlungs-, Untersuchungs- oder Erkenntnisverfahren läuft.

Kann der Verdacht, dass Vermögenswerte im Zusammenhang mit Geldwäscherei, Vortaten zur Geldwäscherei, organisierter Kriminalität oder Terrorismusfinanzierung stehen, nicht ausgeräumt werden, sind folgende Massnahmen zu setzen:

- Der Sorgfaltspflichtbeauftragte muss eine schriftliche Mitteilung im Sinne von Art. 17 SPG i.V.m Art. 26 SPV an die Stabsstelle FIU machen.
- Während der Durchführung der besonderen Abklärungen darf die Geschäftsbeziehung nicht abgebrochen werden.
- Es dürfen keine Transaktionen zur Geschäftsbeziehung durchgeführt werden.
- Die eingebrachten Vermögenswerte müssen für fünf Tage blockiert werden.
- Der Versicherungsnehmer, die wirtschaftlich berechtigte Person, die versicherte Person oder Dritte, mit Ausnahme der FMA (Art. 18 Abs. 3 SPG), dürfen nicht über die Mitteilung an die Stabsstelle FIU in Kenntnis gesetzt werden. Vorbehalten zudem Ausnahmen vom Verbot der Informationsweitergabe gemäss Art. 18 Abs. 4 SPG.

Im Übrigen wird bezüglich des Vorgehens und der Zuständigkeiten bzw. Kompetenzen – insbesondere auch was die Benachrichtigung des Sorgfaltspflichtigen sowie die Erstattung einer Mitteilung an die Stabsstelle FIU gemäss Art. 17 SPG anbelangt – auf die Regelungen zu Ziff. 2 vorstehend verwiesen.

8) Anzuwendende Kriterien zur Ermittlung von erhöhten Risiken nach Art. 11 Abs. 1

SPG

Ist eines der nachstehenden Kriterien in Bezug auf eine bestimmte Geschäftsbeziehung, einen umzusetzenden Geschäftsvorfall oder eine andere Transaktion erfüllt, so liegt ein erhöhtes Risiko vor, welches der Risikokategorie C entspricht, und gelten die verstärkten Sorgfaltspflichten:

- Bei laufender Beitragszahlung übersteigt die hochgerechnete Prämiensumme CHF 1'000'000 bzw. EUR 1'000'000.
- Bei Einmaleinlagen ab einem Beitrag von mehr als CHF 1'000'000 bzw. EUR 1'000'000.
- Der Versicherungsnehmer oder die wirtschaftlich berechnete Person oder der Prämienzahler ist oder war eine politisch exponierte Person gem. Art. 2 Abs. 1, Bst. h. SPG. Für eine Aufzählung öffentlicher Ämter siehe Anhang 1.
- Der Vertragspartner, die wirtschaftlich berechnete Person und der von der LLA delegierte Kooperationspartner sind bei Feststellung und Überprüfung für den Vertragsabschluss nicht persönlich anwesend und es wird auch kein Outsourcing-Dienstleister der LLA zur Feststellung und Überprüfung des Kunden, unter Einhaltung der (Sicherungs)-Massnahmen gemäss Art. 14, 24a SPV i.V.m. der FMA-Wegleitung 2019/7, verwendet.
- Der Vertragspartner oder die wirtschaftlich berechnete Person haben ihren Wohn- bzw. Rechtssitz nicht in einem EU/EWR Mitgliedsstaat oder der Schweiz oder in einem der Länder, welche in der Liste betreffend Länder und Gebiete (Drittstaaten) mit gleichwertigen Regelungen bei der Bekämpfung von Geldwäscherei, organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung gemäss Art. 23a SPV i.V.m. Art. 2 Abs. 1 Bst. u SPG und der Delegierten Verordnung (EU) 2016/167587 aufgeführt sind.
- Es liegen komplexe Strukturen, komplexe und ungewöhnlich grosse Transaktionen oder Transaktionsmuster vor, die keinen offenkundigen wirtschaftlichen oder erkennbaren rechtmässigen Zweck verfolgen; Versicherungsanträge mit Wunsch eines individualisierten Deckungsstockes dürfen in diesem Fall nicht akzeptiert werden.
- Der Versicherungsnehmer oder die wirtschaftlich berechnete Person oder der Prämienzahler haben ihren Wohnsitz in einem Land oder die Staatsangehörigkeit von einem Land, dessen Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung den entsprechenden internationalen Standards nicht oder nur unzureichend entsprechen. Massgeblich ist die von der Regierung erstellte und periodisch angepasste Liste mit Ländern gemäss Art. 23a SPV i.V.m. Art. 2 Abs. 1 Bst. u SPG und der Delegierten Verordnung (EU) 2016/167587.
- Es liegen Geschäftsbeziehungen und Transaktionen mit Vertragspartnern oder wirtschaftlich berechtigten Personen in Ländern, deren Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung den entsprechenden internationalen Standards nicht oder nur unzureichend entsprechen. Massgeblich ist die von der Regierung erstellte und periodisch angepasste Liste mit Ländern gemäss Art. 23a SPV i.V.m. Art. 2 Abs. 1 Bst. u SPG und der Delegierten Verordnung (EU) 2016/167587.
- Die eingebrachten Vermögenswerte stammen zur Hauptsache aus einer Tätigkeit in den Wirtschaftszweigen Rüstungsindustrie, Spielcasinos oder Wechselstuben.
- Prämienüberweisungen erfolgen aus einem Land, das von der FATF als nicht-kooperativ eingestuft wird (www.fatf-gafi.org).
- Prämienüberweisungen erfolgen von einer juristischen Person oder einem anderen Rechtsträger mit Sitz in einem Land, das von der FATF als nicht-kooperativ eingestuft wird (www.fatf-gafi.org), selbst wenn die Prämienüberweisungen von einer Bank erfolgen, welche sich nicht in einem solchen Land befindet.
- Es ist aus leicht zugänglichen Quellen bekannt geworden, dass ein Versicherungsnehmer, eine wirtschaftlich berechnete Person eine versicherte Person oder ein eingesetzter Begünstigter wegen Geldwäscherei, einer Vortat zur Geldwäscherei, organisierter Kriminalität oder

Terrorismusfinanzierung verurteilt worden ist oder gegen eine solche Person ein strafprozessuales Ermittlungs-, Untersuchungs- oder Erkenntnisverfahren läuft.

- Der Vertragspartner oder Prämienzahler ist ein Rechtsträger/ eine juristische Person und die vereinfachten Sorgfaltspflichten (Art. 10 SPG) oder die Risikoklasse AA finden keine Anwendung. In diesen Fällen ist für diesen Rechtsträger/ diese juristische Person das Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern auszufüllen und zwar bei Körperschaften, einschliesslich körperschaftlich strukturierten Anstalten, und Gesellschaften ohne Persönlichkeit (z.B. AG, GmbH) in Form des Formulars C gemäss Anhang 1 SPV oder bei Stiftungen, Treuhänderschaften und stiftungsähnlich strukturierten Anstalten in Form des Formulars T gemäss Anhang 1 SPV.

Wird ein erhöhtes Risiko bei einer Geschäftsbeziehung festgestellt hat die LLA neben der Anwendung verstärkter Sorgfaltspflichten vor jeder Auszahlung bei Rückkauf und/oder Teilrückkauf ein Mitglied der Geschäftsleitung zu unterrichten und muss die Notwendigkeit einer Mitteilung nach Art. 17 SPG an die Stabsstelle FIU prüfen.

Im Übrigen sind die Anhaltspunkte für Geldwäscherei, organisierte Kriminalität und Terrorismusfinanzierung gemäss Art. 26 Abs. 4 SPV i.V.m. Anhang 3 zur SPV zu berücksichtigen.

9) Zusätzliche Massnahmen nach Art. 11 Abs. 4, 4a SPG zur Erfassung, Begrenzung und Überwachung der erhöhten Risiken

Gemäss vorstehendem Punkt 8, 3. Spiegelstrich entsprechen Versicherungsverträge mit politisch exponierten Personen (PEPs) bei der LLA der Risikokategorie C. Als einfache Abklärung erfolgt die Feststellung von PEPs durch einen Abgleich mit dem Online-Prüfprogramm "World Check". Dieses durchsucht den gesamten Kundenbestand der LLA regelmässig auf PEPs, Terroristen, Geldwäscher, Betrüger und sanktionierte Organisationen. Ebenso werden im Rahmen der materiellen Prüfung der im Underwriting tätigen Mitarbeiter (vgl. Ziff. 2 vorstehend) neue Vertragspartner und wirtschaftlich berechnigte Personen überprüft. Das Prüfprogramm ist direkt an das IT-Verwaltungssystem der LLA, das so genannte „Lifenet“, angebunden.

Daneben schliesst die LLA Verträge grundsätzlich nur über direkten Kundenkontakt, durch Hinzuziehung eines von der LLA delegierten Kooperationspartners oder durch Hinzuziehung eines Outsourcing-Dienstleisters zur Feststellung und Überprüfung des Vertragspartners oder des wirtschaftlich Berechnigten, unter Einhaltung der (Sicherungs)-Massnahmen gemäss Art. 14, 24a SPV i.V.m. der FMA-Wegleitung 2019/7, ab.

Im Übrigen sind bei Vorliegen eines erhöhten Risikos folgende verstärkte Sorgfaltspflichten anzuwenden:

Der Sorgfaltspflichtbeauftragte ist hinzuziehen. Er entscheidet nach einer einfachen Abklärung gemeinsam mit der Geschäftsleitung, ob die Geschäftsbeziehung aufgenommen bzw. fortgeführt werden soll. Diese ist auf jeden Fall intensiviert zu überwachen durch:

- Überprüfung der Identität des Vertragspartners anhand zusätzlicher Dokumente, Daten oder Informationen,
- Genauere Abklärung der Herkunft der eingebrachten Vermögenswerte sowie des Hintergrundes und Zweckes der Geschäftsbeziehung bzw. Transaktion,
- Abklärung des Verwendungszwecks abgezogener Vermögenswerte,
- Abklärung der beruflichen und geschäftlichen Tätigkeit des Vertragspartners und der wirtschaftlich berechnigten Person,
- Risikobasierte Medienüberwachung (s.K0342)
- Bei Geschäftsbeziehungen mit politisch exponierten Personen ist die Zustimmung der Geschäftsführung für deren Aufnahme bzw. Weiterführung erforderlich. Diese ist überdies jedes Jahr erneut einzuholen.
- Wird eine politisch exponierte Person festgestellt, so ist ein Mitglied der Geschäftsleitung vor jeder Auszahlung bei Rückkauf und/oder Teilrückkauf zu unterrichten

- Wird eine politisch exponierte Person festgestellt, so ist die Geschäftsbeziehung einer verstärkten fortlaufenden Überwachung zu unterziehen.
- Wird eine politisch exponierte Person festgestellt, so ist zu prüfen ob eine Mitteilung an die Stabsstelle FIU nach Art. 17 SPG notwendig ist.

Sämtliche Abklärungen und Entscheidungen, die im Zuge der verstärkten Sorgfaltspflicht getroffen werden, müssen in den Sorgfaltspflichtakten dokumentiert werden.

10) Fälle, in denen der Sorgfaltspflichtbeauftragte beigezogen und die Geschäftsleitung informiert werden müssen sowie die Wahrnehmung und Ausgestaltung der Kontroll- und Überwachungsmassnahmen des Untersuchungsbeauftragten (Art. 31 Abs. 2 Bst. g, gbis i.V.m Art. 35 SPV)

Bezüglich der Fälle, in welchen der Sorgfaltspflichtbeauftragte und gegebenenfalls die Geschäftsleitung beigezogen werden müssen, wird auf die Ausführungen zu den Ziff. 2, 4, 6, 8 und 9 vorstehend und die darin geregelten Zuständigkeiten und Kompetenzen verwiesen.

11) Grundzüge der Ausbildung der Beschäftigten, die eine sorgfaltspflichtrelevante Tätigkeit ausüben

Die Kooperationspartner der LLA werden im Rahmen der Verhandlungen und des Abschlusses des Kooperationsvertrages bedarfsgerecht für die von ihnen zur erfüllenden Aufgaben bei der Erfüllung der Sorgfaltspflichten geschult. Des Weiteren erfolgt die bedarfs- und aufgabengerechte Aus- und Weiterbildung der Kooperationspartner im Rahmen der Ausübung des Weisungs- und Kontrollrechtes der LLA in sorgfaltspflichtrechtlichen Belangen anhand konkreter Einzelfälle. Im Übrigen wird auf die Kooperationspartneranweisungen verwiesen, welche den Kooperationspartnerverträgen im Anhang beigezogen werden. Die LLA schult ihre internen Mitarbeiter, die eine sorgfaltspflichtrelevante Tätigkeit ausüben, regelmässig und auf jeden Fall bei gesetzlichen Neuerungen zu den folgenden Themen: (s. K0017, K0321 und K0038)

- Inhalt der Sorgfaltspflichten und ihre praktische Umsetzung im Tätigkeitsbereich der Mitarbeiter, mit Wissensvermittlung über die Vorschriften zur Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei, organisierter Kriminalität sowie der Betrugsbekämpfung,
- Inhalt der Internen Weisungen und ihre praktische Anwendung im Tätigkeitsbereich der Mitarbeiter, mit besonderem Augenmerk auf,
- Mitteilungspflichten,
- Einhaltung des Datenschutzes,
- Inhalt der Sorgfaltspflichtunterlagen.

12) Angemessene Prüfmassnahmen, die bei der Einstellung neuer Mitarbeiter anzuwenden sind, um hohe Standards in Bezug auf deren Zuverlässigkeit und Integrität zu gewährleisten

Im Rahmen der Auswahl und Einstellung neuer Mitarbeiter verlangt die LLA von sämtlichen Stellenbewerbern, welche für die Besetzung einer Stelle grundsätzlich in Frage kommen, vor dem Einstellungsentscheid einen aktuellen Strafregisterauszug sowie einen aktuellen Betreibungsregisterauszug (bzw. für den Fall, dass solche aufgrund des Wohnsitzes des Stellenbewerbers nicht existieren, entsprechende gleichwertige amtliche Bestätigungen bzw. Auszüge). Des Weiteren haben die betreffenden Stellenbewerber eine schriftliche Erklärung zu allfälligen hängigen, Strafuntersuchungs-, Massnahmen- oder Verwaltungsstrafverfahren vorzulegen. Die LLA behält sich im konkreten Einzelfall vor, vom Stellenbewerber weitere Belege einzuverlangen, gestützt auf welche die LLA in die Lage versetzt wird, sich ein umfassendes Bild über die Zuverlässigkeit und Integrität des Stellenbewerbers unter Berücksichtigung der ihm von der LLA zu übertragenden Aufgabenbereiche zu machen.

13) Geschäftspolitik hinsichtlich politisch exponierter Personen (PEPs) sowie das Risiko-Management-System, anhand dessen bestimmt werden kann, ob eine politisch exponierte Person in eine Geschäftsbeziehung involviert ist

Die Feststellung von politisch exponierten Personen (PEPs) erfolgt durch einen Abgleich mit dem Online-Prüfprogramm "World Check". Dieses durchsucht den gesamten Kundenbestand der LLA regelmässig auf PEPs, Terroristen, Geldwäscher, Betrüger und sanktionierte Organisationen. Ebenso werden im Rahmen der materiellen Prüfung des im Underwriting tätigen Mitarbeiters (vgl. Ziff. 2 vorstehend) neue Vertragspartner und wirtschaftlich berechnete Personen überprüft. Das Prüfprogramm ist direkt an das IT-Verwaltungssystem der LLA, das so genannte „Lifenet“, angebunden. Ist aufgrund des implementierten Ampelsystems die direkte Annahme nicht möglich, wird der Antrag zur weiteren Prüfung und allfälliger Freigabe dem Sorgfaltspflichtbeauftragten weitergegeben. Dieser bedient sich der weit verbreiteten www.world-check.com Software für die Tätigkeit der weiterführenden Abklärungen.

Der gesamte Bestand wird quartalsweise im Prüfprogramm nachgeprüft.

Bei Geschäftsbeziehungen mit politisch exponierten Personen ist die Zustimmung der Geschäftsführung für deren Aufnahme bzw. Weiterführung erforderlich. Diese ist überdies jedes Jahr erneut einzuholen.

14) Handhabung des AIA- und FATCA-Gesetzes

Die Einhaltung der Pflichten nach dem AIA-Gesetz und dem FATCA-Gesetz sind sicherzustellen. Der Sorgfaltspflichtbeauftragte hat daher für beide Bereiche eine Arbeitsanweisung zu erstellen und diese aktuell zu halten. Inhaltlich soll sich die Arbeitsanweisung zu den folgenden Punkten erklären: gesetzlicher Rahmen, Definition, Verantwortlichkeit, Informationsgewinnung, Vorgehen der LLA, Meldung, Formulare und Schulung.

15) Zeitpunkt Erlass der Internen Weisungen und Änderungen

Die vorliegenden Internen Weisungen wurden von der Geschäftsleitung der LLA am 12.09.2014 erlassen, am 04.05.2015, am 20.10.2015, am 30.09.2016, am 20.12.2018, am 17.05.2019, am 19.12.2019, am 20.05.2020, am 05.10.2020, am 12.01.2021, am 30.09.2021, am 16.05.2022 und am 06.07.2023 abgeändert und ersetzen die bisherigen Internen Weisungen gemäss SPG.

Ruggell, den 06. Juli 2023

Am 24.07.2023 von der GL genehmigt gemäss Protokoll

Geschäftsleitung der LLA

ANHANG 1

POLITISCH EXPONIERTE PERSONEN GEMÄSS ART. 2 SPV

- Als wichtige öffentliche Ämter nach Art. 2 Abs. 1 Bst. h SPG gelten - soweit es sich nicht bloss um mittlere oder niedrige Funktionen handelt - folgende Funktionen:

- a) Staatschefs, Regierungschefs, Minister, stellvertretende Minister, Staatssekretäre und wichtige Parteifunktionäre;
- b) Parlamentsmitglieder oder Mitglieder vergleichbarer staatlicher Gesetzgebungsorgane;
- c) Mitglieder von obersten Gerichten, Verfassungsgerichten oder sonstigen hochrangigen Institutionen der Justiz, gegen deren Entscheidungen, von aussergewöhnlichen Umständen abgesehen, kein Rechtsmittel eingelegt werden kann;
- d) Mitglieder der Rechnungshöfe oder der Verwaltungs- und Leitungsorgane von Zentralbanken;
- e) Botschafter, Geschäftsträger (chargé d'affaire) und hochrangige Offiziere der Streitkräfte;
- f) Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgane staatlicher Unternehmen;
- g) Direktoren, stellvertretende Direktoren und Mitglieder der Leitungsebene sowie vergleichbare Funktionsträger bei internationalen staatlichen Organisationen.

Als unmittelbare Familienmitglieder von politisch exponierten Personen nach Art. 2 Abs. 1 Bst. h SPG gelten:

- a) der Ehepartner;
- b) der Partner, der nach einzelstaatlichem Recht dem Ehepartner gleichgestellt ist;
- c) die Kinder und deren Ehepartner oder Partner;
- d) die Eltern;
- e) die Geschwister.

Als bekanntermassen nahe stehende Personen gem. Art. 2 Abs. 1 Bst. h SPG gelten diejenigen natürlichen Personen, die

- a) bekanntermassen mit einer politisch exponierten Person gemeinsam an Rechtsträgern wirtschaftlich berechtigt sind oder sonstige enge Geschäftsbeziehungen zu einer politisch exponierten Person unterhalten;
- b) alleinig an einem Rechtsträger wirtschaftlich berechtigt sind, der bekanntermassen tatsächlich zum Nutzen einer politisch exponierten Person errichtet wurde;
- c) sozial oder politisch eng mit einer politisch exponierten Person verbunden sind.

ANHANG 2

Unternehmensinterne Funktionen LLA im Hinblick auf die Sorgfaltspflicht und ihre Aufgaben (Art. 31 Abs. 2 Bst. a SPV)

Zu 2) a) Funktionsbesetzung und Unterstellung:

Verantwortlich in der Leitungsebene Dr. Aron Veress, CEO (Mitglied der Geschäftsleitung)

Ansprechperson für FMA:

Harald Hahn, Head of Product Legal

Stellvertretung:

Dr. Florian Wolf, Compliance Officer

Die Ansprechperson und ihre Stellvertretung sind in ihrer diesbezüglichen Funktion der Geschäftsleitung unterstellt.

Sorgfaltspflichtbeauftragter:

Dr. Florian Wolf, Compliance Officer

Stellvertretung:

Thomas Oster, Head of Operations

Der Sorgfaltspflichtbeauftragte und seine Stellvertretung sind in ihrer diesbezüglichen Funktion der Geschäftsleitung unterstellt.

Untersuchungsbeauftragter:

Harald Hahn, Head of Product Legal

Stellvertretung:

Thomas Oster, Head of Operations

Der Untersuchungsbeauftragte und seine Stellvertretung sind in ihrer diesbezüglichen Funktion dem Verwaltungsrat unterstellt.

INTERNAL INSTRUCTIONS

pursuant to Article 31 SPV of the LIECHTENSTEIN LIFE ASSURANCE AG

on the implementation of the Due Diligence Act (SPG)

Version	11.
Creation date	06.07.2023
Author	Florian Wolf
Approved	Management Board (MB), 10.07.2023
Valid from	10.07.2023
GRC control numbers	K0017, K0019, K0020, K0094, K0102, K0104, K0111, K0112, K0128, K0252, K0254, K0255, K0286, K0291, K0321, K0342, K0371, K0400, K0414
GRC process chain	Client Acquisition, Application Review, Claim Management, Services
Replaces	Version 10. from 16.05.2022
Next test	Annually and on occurrence

Contents

SUBJECT MATTER AND CONTENT OF THE INTERNAL DIRECTIVES	2
1) SCOPE OF APPLICATION OF THE SPG AND DEFINITIONS OF TERMS	3
2) INTERNAL COMPANY FUNCTIONS LLA WITH REGARD TO DUE DILIGENCE AND THEIR DUTIES (ART. 31 PARA. 2 LET. A SPV).....	3
3) CONTENT, MAINTENANCE AND STORAGE OF DUE DILIGENCE FILES (ART. 31 PARA. 2 LET. B SPV).....	8
4) GENERAL GUIDELINES FOR ENTERING INTO BUSINESS RELATIONSHIPS (ENSURING THAT THE IDENTITY OF CONTRACTUAL PARTNERS AND BENEFICIAL OWNERS IS ESTABLISHED AND VERIFIED)	9
5) ENSURING RISK-ADEQUATE MONITORING OF THE BUSINESS RELATIONSHIP	12
6) UPDATING THE BUSINESS PROFILE (ART. 31 PARA. 2 LET. C SPV).....	13
7) SIMPLE AND SPECIAL INVESTIGATIONS (ART. 9 SPG), NOTIFICATION OF THE DUE DILIGENCE OFFICER AND PROCEDURE FOR NOTIFICATIONS TO THE FIU STAFF UNIT (ART. 17 PARA. 1 SPG)	14
8) CRITERIA TO BE APPLIED TO DETERMINE INCREASED RISKS IN ACCORDANCE WITH ART. 11 PARA. 1 SPG	15
9) ADDITIONAL MEASURES IN ACCORDANCE WITH ART. 11 PARA. 4, 4A SPG TO RECORD, LIMIT AND MONITOR THE INCREASED RISKS	17
10) CASES IN WHICH THE DUE DILIGENCE OFFICER MUST BE CONSULTED AND THE MANAGEMENT INFORMED, AS WELL AS THE PERFORMANCE AND ORGANIZATION OF THE INVESTIGATING OFFICER'S CONTROL AND MONITORING MEASURES (ART. 31 PARA. 2 LET. G, GBIS IN CONJUNCTION WITH ART. 35 SPV).....	18
11) BASIC FEATURES OF THE TRAINING OF EMPLOYEES WHO CARRY OUT ACTIVITIES RELEVANT TO DUE DILIGENCE	18
12) APPROPRIATE SCREENING MEASURES TO BE APPLIED WHEN HIRING NEW EMPLOYEES TO ENSURE HIGH STANDARDS OF RELIABILITY AND INTEGRITY	18
13) BUSINESS POLICY REGARDING POLITICALLY EXPOSED PERSONS (PEPS) AND THE RISK MANAGEMENT SYSTEM THAT CAN BE USED TO DETERMINE WHETHER A POLITICALLY EXPOSED PERSON IS INVOLVED IN A BUSINESS RELATIONSHIP	19
14) HANDLING OF THE AEOI AND FATCA LAW	19
15) DATE OF ISSUE OF THE INTERNAL DIRECTIVES AND AMENDMENTS	19

Subject matter and content of the internal directives

In accordance with Art. 31 of the Due Diligence Ordinance (SPV), these Internal Directives specify the requirements of the Law of 11 December 2008 on Professional Due Diligence to Combat Money Laundering, Organized Crime and Terrorist Financing (Due Diligence Act, hereinafter referred to as "SPG") and the associated Ordinance of 17 February 2009 (Due Diligence Ordinance, hereinafter referred to as "SPV") and regulate how the obligations arising from the SPG and the SPV must be fulfilled in concrete terms. It applies to all employees, cooperation partners and outsourcing service providers of Liechtenstein Life Assurance AG (hereinafter referred to as LLA) who carry out activities for LLA that are relevant to due diligence.

In accordance with Art. 21 para. 1 SPG in conjunction with Art. 31 para. 2 SPV, the internal directives contain regulations on the following points:

- 1) Scope of application of the SPG and definitions of terms
- 2) Internal company functions with regard to due diligence and their tasks (Art. 31 para. 2 let. a SPV)
- 3) Content, maintenance and storage of due diligence files (Art. 31 para. 2 let. b SPV)
- 4) General guidelines for entering into business relationships (ensuring that the identity of the contracting partners and beneficial owners is established and verified; Art. 31 para. 2 let. c SPV)
- 5) Ensuring the risk-adequate monitoring of business relationships (Art. 31 para. 2 let. c SPV)
- 6) Updating the business profile (Art. 31 para. 2 let. c SPV)
- 7) Simple and special investigations (Art. 9 para. 2 to 4 SPG), notification of the due diligence officer and procedure for notifications to the Financial Intelligence Unit (FIU) (Art. 17 para. 1 SPG) - (Art. 31 para. 2 let. d SPV)
- 8) Criteria to be applied to determine increased risks pursuant to Art. 11 para. 1 SPG (Art. 31 para. 2 let. e SPV)
- 9) Additional measures in accordance with Art. 11 para. 2 SPG to identify, limit and monitor increased risks (Art. 31 para. 2 let. f SPV)
- 10) Cases in which the due diligence officer must be consulted and the management informed, as well as the performance and organization of the investigating officer's control and monitoring measures (Art. 31 para. 2 let. g, g^{bis} in conjunction with Art. 35 SPV)
- 11) Basic features of the training of employees who carry out an activity relevant to due diligence (Art. 31 para. 2 let. h SPV)
- 12) Appropriate screening measures to be applied when hiring new employees to ensure high standards of reliability and integrity (Art. 31 para. 2 let. k SPV)
- 13) Business policy regarding politically exposed persons (PEPs) and the risk management system that can be used to determine whether a politically exposed person is involved in a business relationship (Art. 31 para. 2 let. i SPV)

As well as general regulations on the following points:

- 14) Handling of the AEOI and FATCA law
- 15) Date of issue of the internal directives and amendments

1) Scope of application of the SPG and definitions of terms

The provisions of the SPG apply to persons subject to due diligence. These include, among others:

- Insurance undertakings with a license under the Insurance Supervision Act (VersAG), insofar as they operate direct life insurance; (Art. 3 para. 1 let. d SPG).

Pursuant to Art. 2 para. 1 SPG, the following are deemed to be within the meaning of the law:

- *Business relationship*: any business, professional or commercial relationship that is maintained in connection with the commercial activities in the core area of the person subject to due diligence and which is expected to be of a certain duration when the contact is established.
- *Beneficial owner*: a **natural** person at whose instigation or in whose interest a transaction or activity is carried out or a business relationship is ultimately established. In the case of legal entities, it is also the natural person who ultimately owns or controls the legal entity. For a detailed definition, see Art. 3 SPV.

In the case of insurance contracts, the beneficial owner is the **natural** person who pays the insurance premiums (Art. 3 para. 1 let. c. SPV).

- *Politically exposed person (PEP)*: natural persons who hold or have held important public office up to one year ago, as well as their immediate family members or persons known to be close to them.

For a list of "important public functions" and for the definition of the terms "immediate family members" and "persons known to be close associates", see Annex 1 and Art. 2 SPV.

- *Third country*: a country that is not a member of the European Economic Area (EEA).

2) Internal company functions LLA with regard to due diligence and their duties (Art. 31 para. 2 let. a SPV)

a) Staffing and subordination:

With regard to the responsible person(s) and their deputies in the

- Management level,
- the contact person for the FMA,
- the due diligence officer and
- the investigating officer

see Appendix 2.

The fulfillment of due diligence obligations in the day-to-day course of business is the

- LLA employees working in underwriting (and the associated risk assessment),
- LLA employees working in Client Relations and Claim and Maturity Management, and
- the cooperation partners of the LLA
- the outsourcing service providers of the LLA

entrusted.

These employees and cooperation partners are directly involved in the business relationships of LLA within the meaning of Art. 31 para. 1 SPG. In terms of due diligence law, these employees and cooperation partners are subject to the due diligence officer in addition to their other subordination under their employment or cooperation agreement, depending on the specific nature of the due diligence obligations in each individual case. This applies in particular with regard to special clarifications and any notifications to the FIU staff unit.

As a result of the cooperation agreement concluded between the LLA and the cooperation partners, the relationship between the LLA and the cooperation partners constitutes an agency relationship within the meaning of Art. 14 Para. 4 SPG, in which the cooperation partner is to be regarded as part of the LLA in terms of due diligence law. Sub-delegation by the delegate is excluded.

As a result of the outsourcing agreement concluded between the LLA and the outsourcing partner, the relationship between the LLA and the outsourcing service provider constitutes an agency relationship within the meaning of Art. 14 para. 4 SPG in conjunction with Art. 24a SPV. Art. 24a SPG, in which the outsourcing service provider is to be regarded as part of the LLA in terms of due diligence law. The tasks assigned to the outsourcing partner may not be transferred to a third party.

The cooperation partners are subject to these internal directives. They are also subject to the LLA's right of instruction and control in terms of due diligence. LLA is entitled to issue instructions to the cooperation partner with regard to due diligence and to review the cooperation partner's activities as part of the fulfillment of due diligence obligations by carrying out on-site inspections at the cooperation partner's premises and inspecting the documents relevant to due diligence. The LLA's right to issue instructions is exercised by the employees working in Underwriting and Client Relations or Claim and Maturity Management as well as the Due Diligence Officer.

The cooperation partner must have its own employees carry out the due diligence obligations insofar as it is called upon to fulfill them within the framework of the cooperation agreement. Without special written authorization, the cooperation partner is not entitled to delegate due diligence obligations within the meaning of Art. 14 para. 1 SPG to a third party on behalf of the LLA.

b) Tasks, responsibilities and competencies of the individual functionalities:

Tasks of employees and cooperation partners who carry out activities relevant to due diligence:

- Cooperation partners: For the fulfillment of the due diligence obligations pursuant to Art. 5 para. 1 let. a to d SPG (determination, verification and documentation of the identity of the contractual partner or the policyholder and the beneficial owner, preparation of the business profile and, if necessary, participation in the ongoing monitoring of the business relationship through support with simple and special clarifications), the LLA may call in the cooperation partners in a cooperation relationship with it, which are to be regarded as part of the LLA in terms of due diligence law pursuant to Art. 14 para. 4 SPG. The details of the services to be provided by the cooperation partner are regulated within the framework of the cooperation agreement and in these internal directives, which are declared to be an integral part of the respective cooperation agreement. As a rule, this only concerns the copy of the identification document, its verification for authenticity and the comparison of the identity of the contractual partner or the policyholder or the beneficial owner with the latter. In all other respects, reference should be made to the explanations under item 4 below.
- LLA underwriting staff: In the course of entering the application, they check whether the application documents meet the requirements of the SPG, in particular whether the identity of the contracting partner on the one hand and the beneficial owner within the meaning of Art. 3 para. 1 let. c SPV on the other have been established, verified and adequately documented by the cooperation partner and the business profile has been drawn up (**formal check**). All information and documents required to establish and verify the identity of the contracting partner and the beneficial owner must be available in full and in the correct form when the business relationship is established (Art. 18 para. 1 SPV). If all formal requirements are met, the underwriting staff are authorized to review the respective application from an underwriting perspective.

If the application documents do not comply with the statutory requirements set out in more detail in these instructions and the cooperation agreement, the employees shall return the application documents to the cooperation partner concerned and/or request the cooperation partner to rectify any deficiencies. In cases of doubt, they shall forward the application documents to the due diligence officer for further review. In such cases, the due diligence officer shall decide whether the cooperation partner is required to rectify any formal deficiencies.

If the application documents meet the formal requirements, the application will be examined to determine whether the criteria for enhanced due diligence (see section 8 below) or for the performance of simple or special investigations (see section 6 below) are met. With regard to the details of this **substantive examination**, reference is made to the explanations in sections 6 and 8. If an application or the documents submitted with it meet the criteria for enhanced due diligence, the performance of simple investigations and/or the performance of special investigations, or if the fulfillment of these criteria is even doubtful, the employee concerned shall submit the case to the due diligence officer.

If, for any reason, the employee suspects money laundering, a predicate offence to money laundering, organized crime or terrorist financing in relation to an application file, the employee shall submit the case to the person subject to due diligence, unless these suspicions can be unequivocally verified or dispelled.

If the formal and material SPG check and the insurance application check are positive, the employee is authorized to enter into the business relationship, i.e. to issue the insurance policy.

- *Employees of Client Relations or Claim and Maturity Management at LLA*: For the purposes of risk-adequate monitoring of the business relationship, these *employees* check whether the criteria for enhanced due diligence (see section 8 below) or for the performance of simple or special clarifications (see section 6 below) are met for each business transaction to be carried out on the basis of the insurance terms and conditions or a corresponding application or request from the policyholder. With regard to the details of this **material examination**, reference is made to the explanations in sections 6 and 8. If an application or the documents submitted with it meet the criteria for enhanced due diligence, the performance of simple investigations and/or the performance of special investigations, or if the fulfillment of these criteria is even doubtful, the employee concerned shall submit the case to the due diligence officer.

In the event of a surrender of the life insurance, payment of a survival or death benefit or any other payment of the fund assets created (e.g. in the event of a rescission of the contract due to revocation of the contract or as a gesture of goodwill), the identity of the beneficial owner or the person who is to receive the benefit to be paid must be determined, verified and documented again in analogous application of the provisions under point 4 below. The relevant cooperation partner may be consulted for this purpose in accordance with the provisions set out in the cooperation agreement.

If the policyholder applies to change the policyholder of an existing insurance contract, the identity of the contractual partner and the beneficial owner must be re-established, verified and documented in analogous application of the provisions under Clause 4 below. The relevant cooperation partner may be consulted for this purpose in accordance with the provisions set out in the cooperation agreement.

A new determination, verification and documentation of the contractual partner and/or the beneficial owner - if necessary with the involvement of the relevant cooperation partner - must also be carried out in analogous application of the provisions in section 4 below if doubts arise in the course of the business relationship about the identity of the contractual partner and/or the beneficial owner among the employees working in Client Relations or the other employees of LLA.

All information and documents required to establish and verify the identity of the contracting partner and the beneficial owner must be available in full and in the correct form when one of the aforementioned transactions is executed (Art. 18 para. 1 SPV). All documents obtained in the course of a new determination, verification and documentation of identities must again be subjected to a formal review.

If, for any reason, the employee suspects money laundering, a predicate offense to money laundering, organized crime or terrorist financing in relation to a customer file, the employee shall submit the case to the person subject to due diligence.

If the formal and material SPG check is positive for each new business transaction, the relevant Client Relations or Claim and Maturity Management employee is authorized to implement the business transaction.

Tasks of the person responsible at management level:

- If, for any reason, there is a suspicion of money laundering, a predicate offence to money laundering, organized crime or terrorist financing and such suspicion cannot be completely ruled out on the basis of simple or special investigations, the due diligence officer shall immediately contact the person responsible at management level. Together with the management, the latter shall determine the procedure with regard to the notification to be submitted to the FIU staff unit in accordance with Art. 17 SPG. If such an agreement with the management cannot be reached within a reasonable period of time, the person responsible at the management level must submit the notification pursuant to Art. 17 SPG to the FIU unit himself/herself and without delay on behalf of the LLA. The due diligence officer must support him in this.

Tasks of the due diligence officer (Art. 34 SPV):

- The due diligence officer is the contact person for the cooperation partners and for the employees of Underwriting and Client Relations or Claim and Maturity Management, insofar as this concerns matters relating to the fulfillment of due diligence obligations. He decides, possibly in consultation with the management, whether or not application documents, change documents or payment requests comply with the provisions of the SPG and determines the further course of action. If an employee submits a dossier to him because the criteria for enhanced due diligence (see section 8 below) or for carrying out simple or special investigations (see section 6 below) are met or there are doubts about this, the due diligence officer decides on the type and scope of the intensified monitoring of the business relationship in the case of enhanced due diligence and on the type and scope of the simple or special investigations in the case of an investigation. Depending on the case, he carries out the intensified monitoring or the clarifications himself or commissions a professionally suitable employee or a professionally suitable external person to do so. In the latter case, he must monitor the intensified monitoring or the clarifications carried out. The same procedure must be followed if a dossier is submitted to the person subject to due diligence because, for whatever reason, an employee is suspected of money laundering, a predicate offence to money laundering, organized crime or terrorist financing in relation to an application or client dossier.
- Furthermore, the Due Diligence Officer supports and advises the Executive Board on the implementation of the due diligence provisions and the design of the associated internal organization, without taking responsibility for this away from the Executive Board.
- The due diligence officer shall ensure that the relevant executing persons are reported to the FMA by the LLA when changes are made.
- The due diligence officer prepares a report on his or her activities for the Executive Board once a calendar year (see K0291). In addition to these activities, a report is characterized by the fact that the management is also provided with a picture of the current status of implementations, resources, risk changes, any backlog of activities to be carried out, new directive content and an outlook on upcoming regulatory changes.
- With regard to the LLA, the due diligence officer must prepare a company-wide risk analysis once a calendar year with regard to the risks addressed by the SPG, submit it to the management and train the resulting measures or results to ensure that the relevant employees understand the company-wide risk assessment and know how it affects their daily work. Points 2.3 and 6.1 to 6.3 of the FMA Guideline 2013/1 on the risk-based approach within the meaning of the

Due diligence law and to use the tool for individual risk assessment (CRA) mentioned therein with regard to risk analysis (see K0371). The due diligence officer is also responsible for any associated reports to the FMA (see K0255).

- In addition, the due diligence officer draws up the internal directives on due diligence and periodically reviews them for any need for revision.
- Finally, the due diligence officer plans and monitors the internal training and further training of employees who carry out activities relevant to due diligence. (see K0017, K0321 and K0038).

Tasks of the investigating officer (Art. 35 SPV):

The investigating officer ensures compliance with the SPG, the SPV and these internal directives. To this end, he conducts an internal audit at least once a year (see K0291) and checks in particular

- a) the proper preparation and storage of the required due diligence documents.
- b) whether these documents indicate that the due diligence obligations have been fulfilled;
- c) whether any notification and reporting obligations have been duly fulfilled;
- d) whether any requests from competent domestic authorities with regard to contracting partners, beneficial owners and authorized representatives can be fully complied with within a reasonable period of time;
- e) whether the internal organization pursuant to Art. 21 para. 1 and 2 SPG has been set up in accordance with the circumstances and the individual risks and whether there are any resource problems;
- f) whether appropriate screening measures are applied when hiring new employees (Art. 31 para. 2 let. k SPV);
- g) whether the training and further training of employees who carry out a duty of care-relevant activity has been properly carried out;
- h) whether the LLA's financial sanctions compliance activities and processes are appropriate and effective.

In order to be able to carry out the aforementioned audit, a report is created from the company's internal database, which includes all insurance contracts concluded during the audit period and all business transactions carried out during the audit period. The above-mentioned list forms the basis for the investigator's audit. A total of at least 50 contracts from LLA's portfolio (including 25 new contracts and partial or repurchased contracts from the previous year) are taken from this list on a random basis. At least 5 contracts must correspond to each risk category (AA, A, B, C).

The risk-based audit of the contracts relates to compliance with the SPG, the SPV, the FATCA Act and the AEOI Act as well as the internal regulations that the LLA has issued itself in this regard. The audit examines the following in particular:

- Proper identification and verification of the contracting parties, the person acting on their behalf and the beneficial owners,
- Proper confirmation of the copies of the conclusive documents,
- Proper documentation of the relevant processes,
- Compliance with self-imposed decision-making processes,
- Inclusion, modification and plausibility of the business profile,
- Compliance with regulations on simple and enhanced due diligence obligations,
- Compliance with regulations on risk classification, thresholds and risk countries in accordance with Art. 23a SPG in conjunction with Art. 2 para. 1 let. u SPG and Delegated Regulation (EU) 2016/167587.
- Indication of the US reference together with any additional forms,
- Indication of the tax domicile together with any additional forms.

For each of the 50 contracts inspected, Art. 35 let. e) to g) SPG is also inspected,

- whether the risk category defined in the contract complies with the requirements set out in the internal directives in accordance with Art. 31 SPV and
- whether any financial sanctions existed or did not exist and
- whether the employee involved in the policy and or (partial) termination of the contract has a certificate of further training, whether the criteria of the internal guideline for the requirements for professional qualifications and personal reliability (Fit & Proper) were met when the employee was hired and whether the associated check K0139 was carried out.

Following the above-mentioned inspection, the investigating officer draws up a report on the results of the investigation, which he forwards to the management and the due diligence officer. The report of the investigating officer must contain an independent view of the status of the application and performance of all due diligence obligations and the obligations under the Act of December 10, 2008 on the Enforcement of International Sanctions (ISG), whereby the report must contain information on compliance with the reporting obligations, any resource problems and the control of the 2nd line of defense, in particular a statement on the effectiveness of the system for combating money laundering and terrorist financing. The review and statement on the effectiveness of the system must be extended without restriction to all due diligence obligations.

Tasks of the contact person:

The contact person ensures contact between the LLA and the FMA. The FMA must be informed immediately of the appointment or change of the contact person.

3) Content, maintenance and storage of due diligence files (Art. 31 para. 2 let. b SPV)

The LLA must document compliance with the due diligence obligations (Art. 5 to 16 SPG) and the notification obligation (Art. 17 SPG) in accordance with the SPG. For this purpose, the LLA must keep due diligence files and retain them. The due diligence files contain in particular the documents and evidence drawn up and consulted in order to comply with the provisions of the SPG and the SPV. These are held by the LLA:

- Documents and records that have been used to establish and verify the identity of the contracting partner, the person acting on their behalf (Art. 6 para. 3 SPG) and the beneficial owner and document this identity. These are enclosed with the application documents and also form part of the application form.
 - Business profile (Art. 8 SPG) with the following details:
 - Policyholder and beneficial owner (the natural persons who pay the insurance premiums)
 - Authorized representatives and bodies acting on behalf of the LLA
 - Economic background of the premium payer's total assets and origin of the assets contributed (e.g. acquisition, inheritance, etc.)
 - Occupation and business activity of the premium payer
 - Intended use of the assets
- This information is recorded directly in the relevant part of the application form. As they may change during the term of the contract, the business profile must also be continuously monitored and, if necessary, updated and checked for plausibility.
- Documentation of simple and special investigations as well as measures taken in the event of suspicious circumstances (Art. 9 SPG).
 - Documents showing transactions and, if applicable, the status of assets.
 - Any notifications to the FIU staff unit pursuant to Art. 17 para. 1 SPG.

The first three documents and records mentioned are so-called customer-related documents and records, the others are so-called transaction-related documents and records.

The due diligence files are stored in electronic form (scanned) for at least ten years from the end of the business relationship or after the transaction has been completed or created and are available at all times (Article 20(1) SPG). The due diligence officer has access to the due diligence files at all times (Article 28(6) SPG).

4) General guidelines for entering into business relationships (ensuring that the identity of contractual partners and beneficial owners is established and verified)

Only employees authorized by the management and working in underwriting are authorized to enter into business relationships within the meaning of the Due Diligence Act.

a) Duties of care when entering into the business relationship in detail:

Preliminary remark: All information and documents required to establish and verify the identity of the contracting partner and the beneficial owner must be available in full and in due form when the business relationship is established or an occasional transaction is executed (Art. 18 para. 1 SPV).

Determination and verification of the identity of the **policyholder** or the identity of the person acting on their behalf and verification of their authorization in the event of direct contact between customers on the one hand and cooperation partners or LLA on the other (Art. 6 SPG)

Natural persons: The person carrying out the identification shall inspect an authentic document (original or certified copy as defined in Art. 9 SPV), collect the following data and document it in the relevant part of the application form:

- Surname, first name, date of birth, address of residence, country of residence and nationality.

For natural persons, a valid official identity document with a photograph (passport and identity card) or a driver's license is considered a valid document. An identity document is valid if it entitles the holder to enter the Principality of Liechtenstein at the time of verification. A copy of the identity document must be enclosed with the application documents together with the original **endorsement** of the identifying person, dated and affixed to it, stating that the copy corresponds to the original. The person who carried out the identification must also be named (legibly) in these documents. This person confirms with his/her signature on the application form that he/she has contacted the policyholder personally. The application form must be sent to LLA together with the other documents, in particular the copy of the ID card.

Every person who states that they are acting on behalf of the contractual partner must be identified or verified as described above. The corresponding authorization must also be checked. This can be done, for example, by inspecting a power of attorney or an extract from the commercial register.

Legal persons: The person carrying out the identification shall inspect a conclusive document (original or certified copy within the meaning of Art. 9 SPV), collect the following data and document it in the relevant part of the application form: Name or company name, legal form, domicile address, country of domicile, date of incorporation, place and date of entry in the public register, if applicable, and the names of the bodies or trustees formally acting on behalf of the legal entity in relation to the LLA.

In the case of legal entities, the LLA accepts an extract from the public or commercial register or - if the legal entity or legal entity is not entered in the public or commercial register - an equivalent document in accordance with Art. 8 para.

2 SPV or a certified copy of such an extract. Equivalent documents within the meaning of Art. 8 para. 2 SPV are in particular: a Liechtenstein official confirmation, the articles of association,

Incorporation documents or the articles of association, the confirmation of the selected annual auditor regarding the name or company name, registered office address, country of incorporation, date of incorporation and, if applicable, the bodies or trustees formally acting in relation to the LLA, an official authorization to carry out the activity or a written extract from a trustworthy, privately administered directory or a corresponding database, whereby an original or a certified copy thereof must be enclosed with the application documents.

When entering into a business relationship, the purpose and business of the legal entity must be understood.

Determination and verification of the identity of the beneficial owner (Art. 7 SPG), the recipients of distributions (Art. 7a SPG) and the beneficiary (Art. 7b SPG)

The person carrying out the identification must collect the following data to establish and verify the identity of the beneficial owner and document it in the relevant part of the application form:

- Surname, first name, date of birth, address of residence, country of residence and nationality.

The person carrying out the identification must have the accuracy of the information confirmed by the contracting party or a person authorized by the contracting party by signing the appropriate place on the application form or by using a secure electronic signature in accordance with Art. 2 para. 1 let. d or Art. 24 para. 3 SigG.

In the case of legal entities, the form for determining the ultimate beneficial owner of legal entities must be completed in the form of Form C in accordance with Annex 1 SPV for corporations, including institutions structured as corporations, and companies without personality (e.g. AG, GmbH) or in the form of Form T in accordance with Annex 1 SPV for foundations, trusts and institutions structured as foundations.

In the case of legal entities, risk-based and appropriate measures are required to determine the ownership and control structure, whereby the ownership and control structure is evident and also understood. When entering into a business relationship with legal entities that are obliged to disclose the beneficial owners in accordance with Art. 4 of the Act on the Register of Beneficial Owners of Legal Entities (VwbPG), a corresponding extract from the register must be obtained. For foreign legal entities, an excerpt from the respective national register or register of beneficial owners or an equivalent from which the information can be derived (e.g. HR excerpt with details of shareholders, certified list of shareholders, CrefoScore, etc.) must be obtained when the business relationship is established.

In the case of legal entities for which there is no specific beneficial owner, this is to be determined from this:

- the effective, not the fiduciary contributor;
- if determinable, the persons who can issue instructions to the contractual partner or their bodies;
- if identifiable, the persons or group of persons who are eligible beneficiaries; and
- any trustees, protectors and other appointed persons.

In the case of legal entities whose purpose is to safeguard the interests of its members in joint self-help, or which by statute and in fact pursue political, religious, scientific, artistic, charitable, entertainment or similar purposes, the above provisions shall apply mutatis mutandis.

The name of the natural person or that of the legal entity must be recorded for the beneficiary within the meaning of Art. 7b SPG or the payee (Art. 7a SPG) when the contract is concluded. In the case of persons who are identified by characteristics or category or by other means, sufficient information must be available about this beneficiary or distribution recipient to ensure that they can be identified at the time of payment. At the time of payment, the identity of the beneficiary or, at the time of distribution, the identity of the recipient of the distribution must be established and verified in accordance with the same principles as the beneficial owner (Art. 7 SPG).

Service providers for legal entities that provide services under Article 3(1)(k)(2) or (4) SPG to a discretionary legal entity must directly and without being requested to do so transmit the information collected to other persons subject to due diligence under Article 3(1) SPG using Form D in accordance with Annex 2 SPV, provided that the legal entity in question maintains a business relationship with them and the information relates to assets that are booked there. It is sufficient if the aforementioned Form D is transmitted to the other person subject to due diligence and a copy remains in the person's own due diligence file.

Determination and verification of the identity of the policyholder (Art. 6 SPG), the beneficial owners (Art. 7 SPG), the distribution recipients (Art. 7a SPG), the beneficiary (Art. 7b SPG) or the identity of the person acting on their behalf and verification of their power of attorney when establishing the business relationship without personal customer contact using video or remote identification

When entering into a business relationship without personal client contact, LLA, with the assistance of the outsourcing service provider, establishes the identity of the contracting party or the identity of the person acting on its behalf and their authorization using video or remote identification and verifies this by inspecting the videos or photos of the identification document and the persons to be identified created as part of the video and remote identification. The security measures of Article 14 SPV in conjunction with FMA Guidance 2019/7 must be observed.

Creation of the business profile (Art. 8 SPG)

The person who identifies the policyholder and the beneficial owner must also draw up the business profile and have the policyholder complete the corresponding part of the application form or complete it in accordance with the information provided by the policyholder.

Further details on determining, verifying and documenting the identity of the contracting party or policyholder and the beneficial owner and on creating the business profile can be found in the cooperation agreement.

Simplified due diligence obligations (Art. 10 SPG)

Where applicable, the LLA applies the simplified due diligence obligations pursuant to Art. 10 SPG. However, the simplified due diligence obligations do not apply if there is a case of enhanced due diligence obligations (Art. 11 SPG).

5) Ensuring risk-adequate monitoring of the business relationship

The LLA must carry out timely, risk-adequate monitoring of its business relationships, including the transactions carried out in the course of the business relationship, to ensure that the course of the business relationship and the transactions are consistent with the due diligence officer's knowledge of the customer and its business relationship and, consequently, with the business profile (Article 8 SPG). This monitoring is carried out by comparing in advance each business transaction, the implementation of which is pending after the business relationship has been established for whatever reason, with the business profile drawn up. This comparison is carried out by the Client Relations employee responsible for this in accordance with the provisions of section 2 above or, in cases of enhanced due diligence obligations that are subject to intensified monitoring, by the due diligence officer.

As part of the monitoring of the business relationship, employees working in Client Relations must pay particular attention to risks arising from the use of new technologies.

Since 2017, LLA has assigned the insurance contracts in conjunction with Art. 9a SPG of the entire portfolio to one of the risk categories AA, A, B or C. Category AA is based on the lowest risk and category C on the highest risk. New insurance contracts are also always assigned to one of the risk categories. The allocation to the respective risk category is therefore visible for each LLA insurance contract in the administration system.

The contracts to which the simplified due diligence obligations apply always belong to risk categories AA or A.

Insurance contracts can only be assigned to risk category AA if they result in a risk categorization below 0 points in accordance with the tool of the Liechtenstein Financial Market Authority (FMA) for the risk assessment of business relationships subject to due diligence - insurance companies [Url. https://www.fma-li.li/de/regulierung/geldwaschereibekämpfung/nationale-rechtsgrundlagen.html](https://www.fma-li.li/de/regulierung/geldwaschereibekämpfung/nationale-rechtsgrundlagen.html). This is generally the case for the following products:

1. term life insurance policies without surrender value.
2. unit-linked life insurance policies for which the employer of the policyholder or the insured person must pay the premiums.
3. unit-linked life insurance policies, exclusively on a regular premium basis, which do not fulfill the characteristics of a higher risk assessment according to categories A, B and C and fulfill at least four of the following five criteria:
 - a) Premium volume of less than CHF 500,000 or EUR 500,000 and no surrenders or partial surrenders in the last two years. (Repurchases in the course of an assigned realization of collateral are excluded from this)
 - b) All beneficial owners are/were reported under AEOI/FATCA.
 - c) Policyholder/beneficial owner (effective premium payer) resident in an EU/EEA country or Switzerland and/or payment upon surrender and/or partial surrender exclusively to an account in the name of the policyholder at the bank in the EEA/EU area or Switzerland.
 - d) Life insurance with installment payments.
 - e) Tax recognition of the product in the country of operation.

For insurance contracts in risk class AA, the verification of the identity (but not the identification) of the policyholder and the beneficial owner by the LLA itself and the request for a copy of an identity document can be postponed until the claim is made if the simplified due diligence obligations are applied.

6) Updating the business profile (Art. 31 para. 2 let. c SPV)

As part of the continuous monitoring of the business profile, the LLA is obliged to update it periodically at appropriate intervals. In the course of the update, it must be checked whether all information and data to be collected as part of the business profile in accordance with Art. 20 SPV still correspond to the actual circumstances.

LLA has regular contact with its policyholders based on legal requirements, among other things. This customer contact and existing standard processes therefore already ensure that the key data is updated on an ongoing basis. The continuous updating obligations are therefore generally fulfilled, provided there are no special circumstances that indicate a need for further updating in individual cases. A need for updating exists, for example, if the LLA receives a letter that has been sent out as a postal return or if very significant changes are made to the insurance contract. As part of the regular contact, efforts should be made to ensure that the policyholder sends changes to the LLA on their own initiative. Regular contact with the policyholder is based on the following obligations, among others:

- annual tax statement;
- annual information requirements for certified pension contracts;
- annual information obligations for company pension contracts;
- annual fund value notification;
- Check for "dormant" insurance contracts;
- event-related advisory duties, e.g. in accordance with the Insurance Distribution Act.

In addition, the following measures can be considered to check the need for updating and, if necessary, to take further updating measures:

- Address verification for new entries or changes to addresses using service providers (e.g. Boniversum, CRIF);
- Address updating in life.net for incorporations, street and town renaming;
- Address updates due to relocation notifications (e.g. from Deutsche Post or Swiss Post);

In cases of increased (risk category B) or high risks (risk category C), the active review of the business profile must take place at least every one to two years. In the case of normal risks (risk category A), at least every three to five years. Documentation, control and monitoring within the meaning of Art. 20 para. 3 SPV is carried out using the risk-based alerter (Risk Category A, Risk Category B, Risk Category C) in the Lifeware portfolio management system in conjunction with the associated GRC controls K0286 and K0342. In the case of low risks (risk category AA), the profile must be updated on an ad hoc basis. In practical terms, the active verification obligation means, for example, that specific questions are asked during a customer meeting to determine whether the information in the business profile (including the economic justification) still corresponds to the current circumstances.

In addition to the aforementioned measures, the data on the contractual partner must be periodically updated at least every 15 years. If information from another business relationship is used, in which documents, data or information on the same customer have been newly collected in the meantime, this is considered an update. In particular, corresponding information from the conclusion of a new insurance contract or amendment of an existing insurance contract is sufficient for updating. The respective period shall run again from this point in time.

Continuous monitoring does not release the company from the obligation to update the business profile on an ad hoc basis in the event of unusual circumstances.

The due diligence officer is responsible for reviewing the appropriateness and reliability of the monitoring described here.

7) Simple and special investigations (Art. 9 SPG), notification of the due diligence officer and procedure for notifications to the FIU staff unit (Art. 17 para. 1 SPG)

Simple clarifications (Art. 9 para. 3 SPG) must be carried out if a business transaction to be carried out in accordance with the terms and conditions of insurance or on the basis of an application or request from the policyholder does not match the business profile.

Simple clarifications should be made in the following circumstances in particular:

- The economic environment or the knowledge and experience of the policyholder and/or the beneficial owner cannot be reconciled with the contract.
- The purpose of concluding the contract is not recognizable or appears to make no economic sense.
- The policyholder and/or the beneficial owner and/or the insured person grants a power of attorney to a person who clearly does not have a sufficiently close relationship with the policyholder and/or the beneficial owner and/or the insured person.
- The beneficiary for the survival and/or death benefit is a person who is clearly not sufficiently closely related to the policyholder or the beneficial owner or the insured person.
- A person is to be insured who is clearly not in a sufficiently close relationship with the policyholder or the beneficial owner.
- The periodic premium entered in the application form for an insurance year exceeds the sum of CHF 18,000 or EUR 18,000. A simple clarification must be made using the "Financial Risk Assessment Form".
- More than three partial repurchases or partial payouts were carried out within the contract within the previous two years, unless third parties as creditors trigger the partial repurchase. The contract is therefore assigned to risk category B.
- A deposit (premium deposit payment) exceeds the amount of CHF 18,000 or EUR 18,000.
- A payment exceeding the amount of CHF 5,000 or EUR 5,000 such payments may only be released after a visa has been issued by the due diligence officer.
- The single premium or the premium contribution volume entered in the application form exceeds CHF 500,000 or EUR 500,000. The contract is therefore assigned to risk category B. A simple clarification must be carried out by requesting evidence of sources using the "Financial risk assessment form".

In the course of the simple clarifications, information must be obtained from the policyholder or, if applicable, from the beneficial owner or the insured person, among other things (but not exclusively), evaluated and documented in such a way that the background to circumstances or transactions that deviate from the business profile can be traced and understood. In principle, a simple clarification can be carried out directly by the cooperation partner in the course of recording the due diligence data. Otherwise, it can be initiated by the internal employees of LLA's Underwriting or Client Relations departments or instructed by them to the cooperation partner within the scope of their right to issue instructions. The result of the simple clarifications is documented in writing and enclosed with the application documents.

In all other respects, reference is made to the provisions in section 2 above with regard to the procedure and the responsibilities and competencies.

Special investigations (Art. 9 para. 4 SPG) must be carried out if suspicions arise that assets are connected with money laundering, predicate offences to money laundering, organized crime or terrorist financing. As part of special investigations, information must be obtained, evaluated and documented that is likely to dispel or substantiate any suspicions under Art. 17 para. 1 SPG.

Special clarifications must be made in the following circumstances in particular:

- In the course of simple investigations into the economic background, it turns out that the contractual relationship is intended to achieve a criminal purpose.
- The policyholder and/or the beneficial owner and/or the insured person make false statements on the application form.

- The policyholder and/or the beneficial owner and/or the insured person refuses or obstructs the provision of information or the surrender of Documents that are required as part of the fulfillment of due diligence obligations or any clarifications.
- Premium transfers are made from a country that is classified as non-cooperative by the FATF (www.fatf-gafi.org).
- Premium transfers are made by a legal person or other entity located in a country that is classified as non-cooperative by the FATF (www.fatf-gafi.org), even if the premium transfers are made by a bank that is not located in such a country.
- Withdrawal from the contract immediately after conclusion of the application with reimbursement of the assets contributed if these exceed the amount of CHF 250,000 or EUR 250,000 and no comprehensible reason is apparent for this.
- The specified beneficial owner is clearly not in a sufficiently close relationship with the policyholder or the person to be insured.
- The amount of the insurance premiums (regular premiums or single premiums) is obviously disproportionate to the financial circumstances of the policyholder and the beneficial owner as shown in the documents submitted with the application form.
- The amount of the deposit (premium deposit payment) is obviously disproportionate to the financial circumstances of the policyholder and the beneficial owner as shown by the documents submitted with the application form and the business profile.
- It has become known from easily accessible sources that a policyholder, a beneficial owner, an insured person or an appointed beneficiary has been convicted of money laundering, a predicate offence to money laundering, organized crime or terrorist financing or that criminal investigation, inquiry or discovery proceedings are underway against such a person.

If the suspicion that assets are connected with money laundering, predicate offences to money laundering, organized crime or terrorist financing cannot be dispelled, the following measures must be taken:

- The due diligence officer must submit a written notification in accordance with Art. 17 SPG in conjunction with Art. 26 SPV to the FIU staff unit.
- The business relationship may not be terminated while the special clarifications are being carried out.
- No transactions relating to the business relationship may be carried out.
- The deposited assets must be blocked for five days.
- The policyholder, the beneficial owner, the insured person or third parties, with the exception of the FMA (Art. 18 para. 3 SPG), may not be informed of the notification to the FIU unit. Exceptions to the prohibition on the disclosure of information pursuant to Art. 18 para. 4 SPG are also reserved.

In all other respects, reference is made to the provisions in section 2 above with regard to the procedure and the responsibilities and powers - in particular also with regard to the notification of the person subject to due diligence and the submission of a report to the FIU staff unit in accordance with Art. 17 SPG.

8) Criteria to be applied to determine increased risks in accordance with Art. 11 para. 1 SPG

If one of the following criteria is met in relation to a specific business relationship, a business transaction to be implemented or another transaction, there is an increased risk, which corresponds to risk category C, and the enhanced due diligence obligations apply:

- In the case of regular premium payments, the projected premium amount exceeds CHF 1'000'000 or EUR 1'000'000.
- For single contributions of more than CHF 1,000,000 or EUR 1,000,000.

- The policyholder or the beneficial owner or the premium payer is or was a politically exposed person pursuant to Art. 2 para. 1, let. h. SPG. For a list of public offices, see Appendix 1.
- The contracting partner, the beneficial owner and the cooperation partner delegated by LLA are not present in person for the identification and verification for the conclusion of the contract and no outsourcing service provider of LLA is used to identify and verify the client, in compliance with the (security) measures pursuant to Art. 14, 24a SPV in conjunction with the FMA Guidance 2019/7.
- The contracting partner or the beneficial owner does not have their place of residence or legal domicile in an EU/EEA member state or Switzerland or in one of the countries included in the list of countries and territories (third countries) with equivalent regulations for combating money laundering, organized crime and terrorist financing in accordance with Art. 23a SPG in conjunction with Art. 2 para. 1 let. u SPG and Delegated Regulation (EU) 2016/167587.
- There are complex structures, complex and unusually large transactions or transaction patterns that do not pursue an obvious economic or recognizable lawful purpose; insurance applications requesting an individualized cover pool may not be accepted in this case.
- The policyholder or the beneficial owner or the premium payer is domiciled in a country or is a national of a country whose measures to combat money laundering and terrorist financing do not meet or do not sufficiently meet the relevant international standards. The list of countries drawn up and periodically updated by the government in accordance with Art. 23a SPV in conjunction with Art. 2 para. 1 let. u SPG and Delegated Regulation (EU) 2016/167587 is authoritative.
- There are business relationships and transactions with contractual partners or beneficial owners in countries whose measures to combat money laundering and terrorist financing do not or only insufficiently comply with the relevant international standards. The list of countries drawn up and periodically updated by the government in accordance with Art. 23a SPV in conjunction with Art. 2 para. 1 let. u SPG and Delegated Regulation (EU) 2016/167587 is authoritative.
- The assets brought in originate mainly from activities in the arms industry, casinos or exchange offices.
- Premium transfers are made from a country that is classified as non-cooperative by the FATF (www.fatf-gafi.org).
- Premium transfers are made by a legal person or other entity located in a country that is classified as non-cooperative by the FATF (www.fatf-gafi.org), even if the premium transfers are made by a bank that is not located in such a country.
- It has become known from easily accessible sources that a policyholder, a beneficial owner, an insured person or an appointed beneficiary has been convicted of money laundering, a predicate offence to money laundering, organized crime or has been convicted of terrorist financing or is the subject of criminal investigation, inquiry or discovery proceedings.
- The contracting party or premium payer is a legal entity/legal person and the simplified due diligence requirements (Art. 10 SPG) or risk class AA do not apply. In these cases, the form for determining the ultimate beneficial owner of legal entities must be completed for this legal entity/legal person in the form of Form C in accordance with Appendix 1 SPV for corporations, including institutions structured as corporations, and companies without personality (e.g. AG, GmbH) or in the form of Form T in accordance with Appendix 1 SPV for foundations, trusts and institutions structured as foundations.

If an increased risk is identified in a business relationship, the LLA must, in addition to applying enhanced due diligence obligations, inform a member of the Executive Board prior to any disbursement in the event of repurchase and/or partial repurchase and must examine the need to notify the FIU staff unit in accordance with Art. 17 SPG.

In addition, the indications of money laundering, organized crime and terrorist financing pursuant to Art. 26 para. 4 SPV in conjunction with Annex 3 to the SPV must be taken into account. Annex 3 to the SPV must be taken into account.

9) Additional measures in accordance with Art. 11 para. 4, 4a SPG to record, limit and monitor the increased risks

According to point 8, 3rd indent above, insurance contracts with politically exposed persons (PEPs) at LLA correspond to risk category C. As a simple clarification, PEPs are identified by means of a comparison with the "World Check" online checking program. This regularly searches LLA's entire customer base for PEPs, terrorists, money launderers, fraudsters and sanctioned organizations. New contractual partners and beneficial owners are also checked as part of the material check of employees working in underwriting (see section 2 above). The screening program is directly linked to LLA's IT administration system, the so-called "Lifenet".

In addition, LLA only concludes contracts via direct client contact, by involving a cooperation partner delegated by LLA or by involving an outsourcing service provider to identify and verify the contracting partner or the beneficial owner, in compliance with the (security) measures pursuant to Art. 14, 24a SPV in conjunction with FMA Guidance 2019/7.

In addition, the following increased duties of care must be applied in the event of an increased risk:

The due diligence officer must be consulted. After a simple clarification, he decides together with the management whether the business relationship should be established or continued. In any case, this must be intensively monitored by:

- Verification of the identity of the contractual partner on the basis of additional documents, data or information,
- More precise clarification of the origin of the assets brought in as well as the background and purpose of the business relationship or transaction,
- Clarification of the intended use of withdrawn assets,
- Clarification of the professional and business activities of the contractual partner and the beneficial owner,
- Risk-based media monitoring (see K0342)
- In the case of business relationships with politically exposed persons, the approval of the Management Board is required for their commencement or continuation. This must also be obtained each year.
- If a politically exposed person is identified, a member of the Executive Board must be informed before any payment is made in the event of a buyback and/or partial buyback

- If a politically exposed person is identified, the business relationship must be subject to increased ongoing monitoring.
- If a politically exposed person is identified, it must be checked whether a notification to the FIU staff unit in accordance with Art. 17 SPG is necessary.

All clarifications and decisions made in the course of enhanced due diligence must be documented in the due diligence files.

10) Cases in which the due diligence officer must be consulted and the management informed, as well as the performance and organization of the investigating officer's control and monitoring measures (Art. 31 para. 2 let. g, gbis in conjunction with Art. 35 SPV)

With regard to the cases in which the due diligence officer and, if applicable, the Executive Board must be consulted, reference is made to the explanations in sections 2, 4, 6, 8 and 9 above and the responsibilities and competencies set out therein.

11) Basic features of the training of employees who carry out activities relevant to due diligence

As part of the negotiations and conclusion of the cooperation agreement, the cooperation partners of the LLA are trained as required for the tasks they are to perform in fulfilling the due diligence obligations. In addition, the training and further training of the cooperation partners in line with requirements and tasks is carried out as part of the exercise of the LLA's right to issue instructions and exercise control in matters relating to due diligence law on the basis of specific individual cases. In addition, reference is made to the cooperation partner instructions, which are attached to the cooperation partner agreements. LLA trains its internal employees who carry out activities relevant to due diligence on a regular basis and in any case in the event of new legislation on the following topics: (see K0017, K0321 and K0038)

- Content of the due diligence obligations and their practical implementation in the employees' area of activity, with knowledge transfer on the regulations for preventing and combating money laundering, predicate offences to money laundering, organized crime and combating fraud,
- Content of the internal directives and their practical application in the employees' area of activity, with particular attention to,
- Notification obligations,
- Compliance with data protection,
- Content of the due diligence documents.

12) Appropriate screening measures to be applied when hiring new employees to ensure high standards of reliability and integrity

As part of the selection and recruitment of new employees, the LLA requires all job applicants who are generally eligible for a position to provide a current extract from the criminal record and a current extract from the debt enforcement register (or, in the event that these do not exist due to the place of residence of the job applicant, corresponding equivalent official confirmations or extracts) prior to the recruitment decision. Furthermore, the job applicants concerned must submit a written declaration regarding any pending criminal investigations, measures or administrative penal proceedings. In specific individual cases, the LLA reserves the right to request further evidence from the job applicant, on the basis of which the LLA will be able to form a comprehensive picture of the reliability and integrity of the job applicant, taking into account the areas of responsibility to be assigned to him/her by the LLA.

13) Business policy regarding politically exposed persons (PEPs) and the risk management system that can be used to determine whether a politically exposed person is involved in a business relationship

Politically exposed persons (PEPs) are identified by means of a comparison with the "World Check" online check program. This regularly searches LLA's entire customer base for PEPs, terrorists, money launderers, fraudsters and sanctioned organizations. New contractual partners and beneficial owners are also checked as part of the material check of the employee working in underwriting (see section 2 above). The verification program is directly linked to LLA's IT administration system, the so-called "Lifenet". If direct acceptance is not possible due to the implemented traffic light system, the application is forwarded to the due diligence officer for further review and possible approval. The latter uses the widely used www.world-check.com software to carry out further clarifications.

The entire inventory is checked quarterly in the inspection program.

In the case of business relationships with politically exposed persons, the approval of the Management Board is required for their commencement or continuation. This must also be obtained each year.

14) Handling of the AEOI and FATCA law

Compliance with the obligations under the AEOI Act and the FATCA Act must be ensured. The due diligence officer must therefore draw up working instructions for both areas and keep them up to date. In terms of content, the work instruction should explain the following points: legal framework, definition, responsibility, information gathering, LLA procedure, reporting, forms and training.

15) Date of issue of the internal directives and amendments

These Internal Directives were issued by the Executive Board of the LLA on 12.09.2014, amended on 04.05.2015, 20.10.2015, 30.09.2016, 20.12.2018, 17.05.2019, 19.12.2019, 20.05.2020, 05.10.2020, 12.01.2021, 30.09.2021, 16.05.2022 and 06.07.2023 and replace the previous Internal Directives in accordance with the SPG.

Ruggell, July 06, 2023

Approved by the Management Board on 24.07.2023 in accordance with the minutes.

Unofficial translation. Only the version in German is authoritative

ANNEX 1

POLITICALLY EXPOSED PERSONS PURSUANT TO ART. 2 SPV

- The following functions are deemed to be important public offices in accordance with Art. 2 para. 1 let. h SPG - provided they are not merely medium or low-level functions:
 - a) Heads of state, heads of government, ministers, deputy ministers, state secretaries and important party functionaries;
 - b) Members of parliament or members of comparable state legislative bodies;
 - c) members of supreme courts, constitutional courts or other high-level judicial institutions against whose decisions, except in exceptional circumstances, there is no right of appeal;
 - d) members of the courts of auditors or of the administrative and management bodies of central banks;
 - e) Ambassadors, chargés d'affaire and high-ranking officers of the armed forces;
 - f) Members of the administrative, management or supervisory bodies of state-owned companies;
 - g) Directors, deputy directors and members of the management level as well as comparable functionaries at international state organizations.

Immediate family members of politically exposed persons pursuant to Art. 2 para. 1 let. h SPG are deemed to be

- a) the spouse;
- b) the partner who has the same status as the spouse under national law;
- c) the children and their spouses or partners;
- d) the parents;
- e) the siblings.

Natural persons who are known to be related parties pursuant to Art. 2 para. 1 let. h SPG are those natural persons who

- a) are known to have joint beneficial ownership of legal entities with a politically exposed person or maintain other close business relationships with a politically exposed person;
- b) are the sole beneficial owner of a legal entity that is known to have actually been established for the benefit of a politically exposed person;
- c) are socially or politically closely connected with a politically exposed person.

ANNEX 2

Internal LLA functions with regard to due diligence and their tasks (Art. 31 para. 2 let. a SPV)

Re 2) a) Staffing and subordination:

Responsible at management level Dr. Aron Veress, CEO (Member of the Executive Board)

Contact person for FMA:

Harald Hahn, Head of Product Legal

Deputy:

Dr. Florian Wolf, Compliance Officer

The contact person and their deputy report to the Executive Board in their respective functions.

Due Diligence Officer:

Dr. Florian Wolf, Compliance Officer

Deputy:

Thomas Oster, Head of Operations

The due diligence officer and his deputy report to the Executive Board in their respective functions .

Investigator:

Harald Hahn, Head of Product Legal

Deputy:

Thomas Oster, Head of Operations

The investigating officer and his deputy report to the Board of Directors in their respective functions .